

## Vorwort.

Es war nicht nur reines örtliches Interesse, welches in den Kreisen der hiesigen Sozialdemokratie den Wunsch zeitigte, in den Besitz einer Geschichte der Breslauer Arbeiterbewegung zu kommen. Breslau gehört unstreitig mit zu denjenigen Orten in Deutschland, deren sozialdemokratische Arbeiterbewegung neben ihrer Bedeutung für die Gegenwart auch geschichtlich ein besonderes Interesse beanspruchen darf.

Es ist eine alte Erfahrung, daß jedes Buch sich selbst das Recht seines Daseins erkämpfen muß; diese Aufgabe ist auch dem vorliegenden Werke gestellt. Hoffentlich können wir schon bei der Herausgabe des zweiten Teiles konstatieren, daß es sich dieses Recht erkämpft und seine Notwendigkeit bewiesen hat.

An der Zusammenstellung des geschichtlichen Materials des vorliegenden ersten Teiles waren mehrere Genossen beteiligt. In erster Linie gebührt dem Genossen **G e o r g R a u l** das Verdienst, in den Jahren 1908 bis 1910 Material gesammelt und verarbeitet zu haben. Damals lebten noch einige Zeitgenossen der Gründungszeit der Breslauer sozialdemokratischen Bewegung, die Genossen **W i l h e l m Z a p f e**, **P a u l F r i e d r i c h** und **L o u i s C o h n**, die zwar auch keine eigenen Aufzeichnungen hatten, aber aus ihrer Erinnerung manches mitzuteilen vermochten. Mitte 1910 trat Raul in die Redaktion des Offenbacher Parteiblattes ein und die begonnene Arbeit für unser Parteiwerk blieb liegen, bis im Juli 1914 der Vorstand des Sozialdemokratischen Vereins Breslau den Unterzeichneten mit der Weiterführung betraute.

Mit Lust und Liebe machte ich mich nun ans Werk, bereitwilligst unterstützt von einigen Genossen, um neben der Berufsarbeit wenigstens den ersten Teil der Parteigeschichte meiner Vaterstadt in Kürze fertigzustellen. Ich beginne mit den Anfängen der Arbeiterbewegung Breslaus in früheren Jahrhunderten und greife öfter einmal in meinen Schilderungen auf die Provinz Schlesien über. Dies erscheint mir notwendig, um ein Gesamtbild der Entwicklung zu bieten. Die in den ersten Kapiteln bis zum Jahre 1864 behandelte Zeitperode ist bisher in hiesigen Arbeiterkreisen weniger gewürdigt worden, eine angemessene geschichtliche Darstellung hatte sie überhaupt noch nicht in unseren Reihen gefunden. Ich habe daher diesen Abschnitten besondere Aufmerksamkeit geschenkt. Auch glückte es mir, noch

wertvolles geschichtliches Material aus der sozialdemokratischen Bewegung in Breslau und Schlesien in der Zeit von 1863—67 aus vergilbten Papieren herauszugraben.

Dann setzen die Kaulschen Forschungen ein und bleiben fast unergänzt bis zum Anfang der siebziger Jahre. Für den Rest der Zeit, bis zum Erlaß des Sozialistengesetzes, fanden wir in dem Genossen Dr. Max Schütte einen willkommenen Mitarbeiter. Dieser in Berlin lebende Schriftsteller hatte seine Studienzeit in Breslau absolviert. Seine Schilderungen dienten mir zu einer wertvollen Ergänzung der Aufzeichnungen Kauls; waren sie doch persönliche Erlebnisse eines Parteigenossen jener Zeit. Aber auch meinen Bemühungen gelang es, noch Verschiedenes zu ergänzen, besonders durch die Erinnerungen des Genossen Paul Fiedler in Löwen (Schlesien), der damals als junger Kupferschmied in einer Breslauer Eisenbahn-Werkstätte tätig war und in der sozialistischen Bewegung sich betätigte. Auch ihn haben wir vor wenigen Tagen zur letzten Ruhe gebettet.

Während der Bearbeitung des vorliegenden ersten Teiles der Geschichte der Breslauer Arbeiterbewegung brach der große Weltkrieg aus. Für die Sozialdemokratie brachte dieser Zeitraum eine stark verminderte Versammlungstätigkeit und mir dadurch mehr freie Zeit zur schriftstellerischen Betätigung. Während die Völker aufeinanderstießen, beendete ich die vorliegende Arbeit, bis auch ich zu den Waffen gerufen wurde.

Bei der Verwendung aller Angaben bin ich mit der größten Sorgfalt verfahren; nur glaubwürdig nachgewiesene Tatsachen haben Aufnahme gefunden. Unser Geschichtswert ist der Spiegel einer Bewegung, die begeisterte und opferfreudige Kämpfer nach Ueberwindung großer Schwierigkeiten in beständigem Aufstieg von Sieg zu Sieg geführt hat.

Breslau, Mitte September 1914.

Theodor Müller.

## Vorwort zur zweiten Auflage.

Reichlich zehn Jahre sind seit dem Erscheinen der ersten Auflage vergangen. Schon längst war das Buch vergriffen, doch die Kriegs- und Inflationszeit verhinderten die frühere Herausgabe.

Die zweite Auflage des ersten Teils ist von mir noch einmal gründlich durchgesehen und wesentlich erweitert worden. Akteneinsicht und die Durchsicht der Reichstags-Stenogramme, die mir als preußischem Landtagsabgeordneten zur Verfügung standen, brachten auch manche wertvolle Ergänzung.

Das Buch hat sich selbst das Recht seines Daseins erkämpft. Es war August Bebel, der in der „Neuen Zeit“, Jahrgang 1907, den Genossen von Städten und Bezirken, die für die Parteibewegung von größerer Bedeutung wurden, empfahl, Parteigeschichten herauszugeben. Er sagt dazu: „Durch eine spezielle lokale Forschung kommen Tatsachen an das Licht, die sonst unbekannt geblieben wären, aber für die Beurteilung von Vorgängen und Personen wichtig sind und der allgemeinen Parteigeschichte Material liefern. Es wird auch manche Richtigstellung von allgemeiner Bedeutung das Ergebnis sein, kurz, aus möglichst vielen lokalen Darstellungen wird dem Verfasser der allgemeinen Parteigeschichte erst für ihn sonst unerreichbares und unfindbares Material geliefert. Es empfiehlt sich aber, mit der lokalen Geschichtsschreibung überall vorzugehen, sobald die Kräfte und Mittel zu einer solchen vorhanden sind. Das Quellenmaterial aus der älteren Parteigeschichte wird immer spärlicher und die alten Genossen, die die Ereignisse noch mit erlebten und manche wertvolle Auskunft geben könnten, sterben aus. Eine Geschichte aber, die ohne Fühlung mit jenen geschrieben wird, die die Ereignisse erlebten und die hauptsächlich in Betracht kommenden Persönlichkeiten kannten, verirrt sich leicht ins Dichten und Romponieren.“

Der Sozialdemokratische Verein Breslau hat diesen Ratschlag unseres verehrten Alten befolgt; er wird diesem ersten Teile sofort den zweiten Teil der Geschichte der Breslauer Sozialdemokratie — die Zeit des Ausnahmegesetzes — folgen lassen.

Die Aenderung des Titels in „Die Geschichte der Breslauer Sozialdemokratie“ wurde nötig, um Verwechslungen vorzubeugen, da die Breslauer Gewerkschaften eine Geschichte ihrer Bewegung herausgeben.

Breslau, im März 1925.

Th. Müller.

## Soziale Kämpfe im alten Breslau und in Schlesien.

Seitdem das alte Breslau besteht, haben sich in ihm die sozialen Strömungen jeder Zeitepoche abgepiegelt. Schon 1270 bis 1283 führten die Patrizierfamilien, die durch den Handel reich gewordenen Kaufleute, ernsthafte Kämpfe um Vorrechte und Vertretung in der Verwaltung der Stadt. Als die Zünfte erstarkt waren, begann sich ein Mittelstand zu entwickeln, der sich zwischen das herrschende kaufmännische Patriziat und die niederen, ärmeren Volksschichten als der Träger neuer Ideen und Wünsche einschob. So brachten die Jahre 1301—1315 lebhaftere Bewegungen der Zünfte gegen Steuerdruck und Zollschwierigkeiten, die zu einer Erhebung führten und den Zünftlern die entsprechende Vertretung in der Verwaltung der Stadt brachten. Im Jahre 1333 standen die Tuchmacher gegen die Konsuln und die Stadt auf, ihr Hauptmann konnte erklären, daß 900 Mann mit Panzern und Büchsenhauben in Bereitschaft ständen, und daß ihre Gesellen bereit wären, für Gut und Blut ihrer Meister einzutreten. Zu einer großen Aufruhr der Handwerker kam es auch im Jahre 1418, ein Rathsherr wurde dabei vom Rathhausturm herabgestürzt und sechs andere an der Stauensäule enthauptet. In den Jahren 1459 und 1467 kam es wieder zu Aufständen der Handwerker. Die Entwicklung der Verhältnisse brachte es aber auch in Breslau mit sich, daß das harmonische, patriarchalische Verhältnis zwischen Meistern und Gesellen gestört wurde und daß sich immer mehr ärmere Bevölkerungsschichten bildeten. Deren Bestreben nach Rechten und besseren Verhältnissen verlohnt sich kurz zu schildern.

Ganz ohne Einfluß ist die französische Revolution auf Breslau und Schlesien nicht geblieben. Als in der berühmten Augustnacht des Jahres 1789 mit den feudalen Vorrechten in Frankreich reiner Tisch gemacht wurde, waren die deutschen Bauern und Arbeiter für die Anwendung einer gleichen gründlichen Methode viel zu verelendet, nur hier und da, so in Ostpreußen und Schlesien, rührten sie sich ein wenig. Dagegen traten klügere Mitglieder des Adels für die Bauernbefreiung ein, doch war es ihnen keineswegs um die Interessen der Bauern, sondern um die Interessen der Junker zu tun. Im preussischen Staate lebten mehr als drei Viertel der Bevölkerung auf dem platten Lande und in den Städten hielt überwiegend das zünftige Handwerk, so herabgekommen wie es war, das Heft in der Hand. Auch in Breslau

arbeitete es noch nach urväterweise für den örtlichen Verbrauch, recht und schlecht, beschränkt und eigenfürlich, allen technischen Fortschritten abhold, ein dämmeriges Pflanzendasein führend in der drückenden Enge der Kleinstädtereie. Die einzelnen Handwerksbetriebe waren von zwerghaftem Umfange, es gab mehr Meister wie Gesellen. Jeder Geselle hatte die Hoffnung, selbst Meister zu werden, dem Handwerk fehlte die Spannung sozialer Gegensätze.

Im April 1793 brach die Breslauer Schneiderrölvte aus. Die Schneidergesellen fühlten sich wegen Verletzung ihrer alten Rechte durch die Meister aufs tiefste verletzt und traten sämtlich in den Ausstand. Ein ungarischer Schneidergeselle, welcher eigenmächtig einen Meister verlassen hatte, um bei einem anderen in Arbeit zu treten, war wegen dieses Verstoßes gegen die Zunftstatuten aufs Rathhaus zitiert worden und wurde, als er sich nicht fügte, verhaftet. Hierauf schickte die gesamte Schneidergesellschaft am 25. April eine Deputation von 15 Mann aufs Rathhaus, um die Freilassung ihres Kollegen zu erwirken. Ihre Forderung wurde abgelehnt, und der Magistrat ließ 100 Schneidergesellen durch ein Militärkommando nach dem Stadtstoa abführen und 30 andere im Rathhause in Verwahrung nehmen. Als am 27. April, unter großem Tumulte, die übrigen 200 Schneidergesellen mit der gleichen Forderung auf dem Rathhause erschienen, wurden auch sie teils in den Stadtstoa, teils in die Kasematte am Friedrichstore eskortiert. Diese behördlichen Maßnahmen bildeten an dem darauffolgenden Sonntage (28. April) den Gegenstand erregter Beratungen der Handwerksgelellen aller Gewerke und führten zu dem einmütigen Beschlusse, an welchem vor allem die Schlosser, Maurer, Zimmerleute, Tischler und Schuhmacher beteiligt waren, die Sache der Schneider, durch deren Einsperrung die „Handwerksehre“ beschimpft sei, zu der ihrigen zu machen. Mittlerweile war aber der „lästige gefallene Ausländer“ fortgebracht worden, um über die Grenze geschafft zu werden, und den inhaftierten Schneidern wurde die Entlassung aus der Haft angekündigt. Sie schienen auch bereit, nun die Sache auf sich beruhen zu lassen. Als sie aber von dem Beschlusse der anderen Handwerksgelellen hörten, erklärten sie, nicht eher das Gefängnis verlassen zu wollen, bis ihr Kamerad zurückgeholt wäre und eine Ehrenerklärung erhalten hätte. Am Montag, den 29. April, stellten 3000 Gesellen (mit Ausnahme der Töpfer und der Kretschmersehenken) die Arbeit ein. Es dürfte dies der erste Generalstreik in Breslau gewesen sein. Breslau war über Nacht zum Schauplatz einer wirklichen Revolution geworden. Die Behörden fühlten sich im höchsten Grade unsicher, hatte doch das Auftreten der Streikenden eine beängstigende Ähnlichkeit mit den Vorgängen der französischen Revolution. Minister Graf Hornm, der sonst gewöhnt war, eine absolute Gewalt auszuüben, gab den

Befehl, den ungarischen Schneidergesellen zurückzuholen. Kaum war dies bekannt geworden, so zogen die Handwerksgejellen in Masse vor den Stadtstoc und die Friedrichskasematte, überwältigten hier die Wachmannschaften, sprengten Schlösser und Türen und setzten ihre Kameraden in Freiheit. So war es 5 Uhr nachmittags geworden. Alle Straßen und Plätze wimmelten von Menschen, so daß die Kürassier-Patrouillen kaum passieren konnten und die Infanterie nur mit Mühe einige Absperrungen vorzunehmen vermochte. Es wurden auch einige Geschütze aufgeföhren, aber die Menge spottete nur darüber, denn man wußte, daß den Truppen jedes ernste Eingreifen untersagt war. Graf Hoym und der Kommandant General von Dolffs versuchten die tumultuierende Menge durch Ansprachen zu beschwichtigen. Die Antwort darauf war ein Versuch der tobenden Massen, das Rathaus zu erstürmen. Als sie hier unter Zurücklassung eines Toten durch das Militär zurückgeworfen wurden, wälzte sich die Menge unter Wutgeschrei in die Schweidniher Straße, erstürmte das neugebaute (jetzt Kornsche) Haus des verhafteten Stadt- und Polizeidirektors Werner, zertrümmerte und verschleppte die Einrichtung, warf die Trümmer in die Ohle oder häufte sie an der Staupsäule auf. Ein anderer Volkshaufen zerstörte die Wernersche Brauerei in Scheitnig bis auf den Grund. Wohl zerstreute das Militär hier und da die Tumultuanten, aber bis tief in die Nacht dauerten die Unruhen. Kaum war der nächste Morgen angebrochen, da zogen auch die Kolonnen der Gesellen schon unter wildem Jauchzen durch die Straßen. Um 9 Uhr fuhr Graf Hoym ohne Bedeckung durch die Stadt und hielt begütigende Ansprachen an die aufgeregten Massen. Man brachte auf ihn und auf den König Vivatruse aus, forderte aber auch ungestüm die Auslieferung Werners, der bereits unter Kavalleriebedeckung nach Meiß gebracht worden war. Schon sängen die Worte des Ministers an zu wirken, da führte ein sogenannter Zwischenfall die Katastrophe herbei. Einige Gesellen waren mit Prostituierten in einem Hause in der Messergasse in Konflikt geraten und von einer derselben als „Handwerksknoten“ bezeichnet worden. Die Folge war eine Erstürmung des Hauses und die völlige Zertrümmerung des Hausrates, selbst der Betten, deren Federn man auf die Gasse schüttete. Herbeisprengende Kürassierpatrouillen wurden von den Pferden gerissen und mißhandelt.

Nun ließ General Dolffs seine Kürassiere mit flacher Klinge gegen die mächtig anschwellenden Haufen vorgehen, aber die Gesellen rissen das Pflaster auf, deckten die Dächer ab und schickten einen Steinhagel auf die Reiter hernieder. Die Kürassiere begannen nun scharf einzuhaueu, aber, eingefeilt in die in rasende Wut geratenen Massen, vermochten sie nichts auszurichten und wurden verhöhnt. Die herbeieilende Infanterie schoß ansangs blind, als sie aber mit Pflastersteinen und Dachziegeln überschüttet

wurde, gab sie scharfe Salven ab. Sie war aber nicht genügend mit Patronen versehen und mußte, gefolgt von dem wütenden Haufen, in der Richtung nach der Schmiedebrücke zurückgehen. Mittlerweile wälzten sich neue Volksmassen vom Neumarkt her; auch die Schmiedebrücke war von Tumultuanten und Neugierigen, darunter nicht wenig Frauen, vollgestopft. Die Menge ging zum Angriff auf das eingeschlossene Militär über. Aus Wagen waren rasch Barrikaden hergestellt, man bewaffnete sich mit Stöcken, Laststäben, Picken, Deichseln usw. und schlug auf die Soldaten ein. In diesem kritischen Augenblicke — es war in der Mittagstunde — ließ der Kommandant ein mit Kartätschen geladenes Geschütz von der Hauptwache herbeiholen und am Eingang der Schmiedebrücke aufpflanzen. Dieser Anblick versetzte die Menge in die höchste Wut. Unter Anführung eines Fleischergeßellen, der sein Schlachtmesser schwang, stürzten sie auf die Kanone los, und Weiber schrien den Kanonieren zu: „Schießt her, wenn ihr Courage habt, aber eure Kanonen sind ja mit Mondschein und Buttermilch geladen!“ General von Hüser kommandierte: „Feuer!“ Der erste Schuß brachte und acht Menschen wälzten sich in ihrem Blute. Die Geßellen erneuerten ihren Angriff — und wieder brachte ein Schuß und forderte elf Opfer. Das Wutgeheul der Geßellen, die nicht vom Plage wichen, die fort und fort krachenden Schüsse, das Wehgeschrei der Verwundeten, unter denen sich viele Frauen und Kinder befanden, vereinigte sich zu einer graufigen Szene, über welcher dichter Pulverrauch lagerte. Schon lagen 78 Personen, darunter 37 Tote, auf dem blutigen Pflaster, und die Kanoniere schickten sich an, das Feuer fortzusetzen, da löste sich der Tischlerälteste, Meister R ä h n, aus der Masse, er stellte sich vor die Mündung der Kanone mit dem lauten Rufe: „Um Gottes willen, hört auf oder erschießt mich zuerst!“

Das befreiende Zauberwort war gefallen. Das Geschütz schwieg und die Straße leerte sich langsam. Die Geßellen kehrten in ihre Herberge zurück und schickten, während der Kommandant die Tore schließen und die Eingänge der Hauptstraßen mit Kanonen besetzen ließ, ihre Altgeßellen zum Minister, um ihm das Vorgefallene zu melden und um Abhilfe zu bitten. Graf H o y m versicherte, daß das scharfe Schießen infolge eines Mißverständnisses (die ständig in solchen Fällen wiederkehrende Ausrede) und ohne seine Zustimmung erfolgt sei; es solle gut gemacht werden, was gut zu machen sei. Er versprach eine volle Amnestie, Abhilfe ihrer Beschwerden, ein ehrenvolles Begräbniß der Gefallenen und Verpflegung der Verwundeten auf seine Kosten, Pensionen für die Witwen und Waisen und den Schneidergeßellen Entschädigung für die verlorenen Arbeitstage. Vollends aber legte sich die Aufregung, als nachmittags 4 Uhr der ungarische Schneidergeßelle, dessen Aufenthalt man auf Befehl Hoyms erkundet, wieder in Breslau erschien. „Nach Handwerksbrauch und Gewohnheit“

wurde er dadurch wieder „ehrlich“ gemacht, daß ihm im Namen des Ministers der Kammerreferendar Graf Kamede vor dem Oberamte, im Beisein der Schneidergesellen, die Gesundheit und den „Willkommen“ zutrank, worauf er in Begleitung Kamedes, eines Regimentsadjutanten und der Altgesellen der Schneider von einer Herberge zur anderen unter steter Wiederholung des Komments geführt wurde. Das freundliche Gebahren der beiden ersten brachte es dahin, daß die Gesellen mit aufgereckten Fingern schwuren, sich von nun an ruhig zu verhalten und sich der Anordnung des Ministers, bis 8 Uhr die Herberge zu verlassen, zu fügen. Am 1. Mai herrschte stille Trauer in der Stadt, und, nachdem man schon an diesem Tage fünf unbekannte Leichen beerdigt hatte, fand am 2. Mai unter vollen militärischen Ehren und unter Teilnahme von vielen Tausenden das Massenbegräbnis statt. Den 53 Blumeneschen Särgen (von den Verwundeten waren noch 16 gestorben) folgten über 3000 Handwerksgesellen. Nach dem Begräbnisse besuchte Graf Kamede noch einmal sämtliche Herbergen. Graf Hoym opferte große Summen, um sein Wort einzulösen, und der König versicherte die Stadt nachträglich seiner Gnade; aber als er am 6. November in Breslau weilte, wo ihm die Bürgerschaft eine Ovation im Theater bereitete, wurde der Polizeidirektor Werner abgesetzt. So endete der erste Breslauer Generalstreik.

Der französische Revolutionsbrand war trotz aller Vorsichtsmaßregeln auch bis in einige schlesische Orte geweht worden. Im März 1793 kam es bereits im Schweidnitzer Kreise, in Landeshut, Liebau, Schömburg, Volkenhain und Schmiedeberg zu mehr oder minder ernstlichen Unruhen. In einem Dorfe bei Breslau aber zogen die Bauern in Prozessionen mit dem Rufe umher: „Wir rebellieren!“ In einem anderen Dorfe zechten die Bauern in der festen Ueberzeugung, der schlesische Minister Graf Hoym werde schon alles bezahlen.

Ein ferner Nachhall der französischen Revolution drang auch bis zu den Webern des Culengebirges. Schon im Jahre 1792 brachen Revolten unter ihnen aus. Mit dem Sacke um die linke Schulter zogen sie aus den Bergen auf die städtischen Märkte und zwangen durch Mißhandlungen die Garnhändler, billig zu verkaufen, die Leinenhändler, teuer zu kaufen. Unterstützt wurde diese Bewegung durch die bereits erwähnten bäuerlichen Unruhen und durch die Schneider-Revolte der Breslauer Handwerksgesellen. Da sich das preußische Heer auf dem tragikomischen Kreuzzug gegen das revolutionäre Frankreich befand und Schlesien von Truppen entblößt war, schwankte die erschreckte Regierung zwischen barbarischer Unterdrückung und hilflosen Palliativmitteln. Sicherer aber als durch Almosen und Spiekruten händigten die Kaufleute den Ausstand, indem sie sich von den Märkten fernhielten, bis die armen Weber durch den Hunger gezähmt worden waren.



Als Minister von Schön die Provinz Schlesien im Jahre 1797 bereiste, war er entsetzt über die „gräßlichen“ Zustände. Er meinte, hier mache die Luft leibeigen, außerhalb der Städte gebe es nur Herren und Knechte; wenn nicht Aufstände über Aufstände ausbrächen, so erkläre es sich teils aus dem Reste eines patriarchalischen Verhältnisses zwischen Gutsherrn und Hinterlassen, bei dem diese bewußtlos das sonst Unerträgliche leichter ertrügen, teils aus der geistigen und körperlichen Verkrüppelung der Schlesier durch Leibeigenschaft, Hörigkeit, Erbuntertänigkeit, durch das Spinner- und Weberwesen.

Im Jahre 1795 führten die Tischler in Breslau einen Kampf mit ihren Meistern. Einer ihrer Kollegen war bei Bezahlung des Aufkordlohnes vom Meister übervorteilt worden. Es kam zu einer Klage, aber inzwischen hatten sämtliche Breslauer Tischlergesellen die Angelegenheit zu der ihrigen gemacht und die Arbeit eingestellt. Als alle Einigungsversuche scheiterten, sperren die Meister sämtliche 100 Ausständige aus. Der Magistrat zwang sie, die Stadt zu verlassen, und schickte außerdem eine schwarze Liste der Ausgesperrten samt einer im Interesse der Meister verfaßten Darstellung des Falles an die Magistrate einer Anzahl von Städten, aus denen die Gesellen stammten oder wohin sie sich voraussichtlich gewendet hatten.

Der Ruhm der Breslauer Klassenjustiz reicht weit zurück. In der „Topographischen Chronik“ 1806, Nr. 70, ist zu lesen:

„Am greulichsten ist das Gemälde der hiesigen Kriminal-Justiz. Aber wenn ihre charakteristische Eigenschaft vorzüglich in einer unermesslichen Schnelligkeit und Strenge besteht, so sind auch wiederum die Beispiele sehr häufig, wo aus Rücksicht auf Stand oder Vorbitte dem schwärzesten Verbrecher gar keine Strafe widerfuhr. Ein einziges Jahr liefert folgende Belege: „Den 8. Januar 1592 hat Friedrich v. Pannewitz alhier zu Breslau einen Herrn v. Falkenhayn von Glosche im Balgen erstochen. Der Täter wurde ins Feisengebauer geführt, und am folgenden Sonnabend sollte er vor dem Rathause gerichtet werden. Alles war schon angerichtet, der Sandhaufen geschüttet, der Henker und die Bahre standen schon da, aber durch Rat und andere Edelleute wurde widersprochen, und hat sich mit ihnen, seinen Feinden, ins Recht gegeben und losgekommen; nach Ungarn auf drei Jahre gemußt.“

Den 17. Februar hat Hans Hannold, ein Edelmann, in voller Weise, als er aus der Stadt geritten, vor Sankt Nikolai einen Mann erstochen, mußte viele Jahre flüchtig sein, bis zum Austrag der Sache. Den 17. Februar 1593 hat ein Edelmann namens Lindener bei den Walkmühlen voller Weise seinen Knecht, um einer geringen Ursache wegen, erstochen. Dem Täter ward nichts.“

So äußerte sich die Klassenjustiz bereits im Mittelalter.

Wider ihren Willen wurde der Stadt Breslau am 3. Juli 1809 die königliche Polizei aufgedrängt. In einem Hinterhause auf der Bischofsgasse schlug sie zunächst ihr Heim auf. Kurze Zeit darauf aber, als die Einziehung des Klosterbesitzes durch den Staat erfolgte, siedelte sie in ihre heutige Zwingburg, das damoelige

Kloster der Ursulinerinnen, über. Ihr erster Präsident Streit glaubte der Bürgerschaft versprechen zu können, daß die Neuordnung der Stadt und ihren Bewohnern für alle Zukunft nur Segen und Sicherheit bringen werde. Aber schon in den ersten Jahren ihres Lebens war die Breslauer königliche Polizei bei den Bürgern fast ebenso verhaßt, wie später bei der Arbeiterschaft. Mit tiefstem Grolle erfüllte es Stadtverordnete wie Bürgerschaft, daß schon damals der Polizeipräsident „beinahe in alle städtischen Angelegenheiten eingreife und besonders in pekuniärer Hinsicht als Souverän handele“. Wie wollte es sich mit den freiheitlichen Ideen und Gedanken jener Tage der Stein-Hardenbergschen Staatsreform vereinbaren, wenn unter anderem ein polizeilicher Ufas immer noch durch das Verbot des Tabakrauchens auf den Straßen die Bürgerschaft in der schlimmsten Weise bevormundete? Kein Wunder, daß im Frühjahr 1813, trotz aller Vaterlandsglut und allem Korshasse, die Breslauer den Franzosen fast dankbar waren, weil sie durch ihre Annäherung an die Stadt den Abzug der königlichen Behörden und damit die Auflösung der staatlichen Polizei bewirkt hatten. Aber schon im Juni kehrte der Polizeipräsident in die Stadt zurück.

Die sogenannten Befreiungskriege waren vorüber, und das preußische Volk harrete der Erfüllung jener Versprechungen auf Einführung einer freieren Staatsverfassung, die ihm der König in Stunden der Not gegeben hatte, als er die Hilfe des Volkes brauchte. Das Königswort wurde nicht eingelöst, und eine mehr oder minder revolutionäre Stimmung bemächtigte sich aller Volkskreise. Anstatt aber dem Sehnen und Drängen der Staatsbürger nachzugeben, war es des Königs und seiner Regierung einziger Wunsch, die Empörung mit Gewalt niederzudrücken und so Ruhe zu schaffen. In jenen 20er und 30er Jahren der Heiligen Allianz und Demagogenriecherei war die staatliche Polizei, wie im Jahre 1848 die Breslauer städtischen Behörden in einer Petition an die preußische Nationalversammlung ausführten, einzig darauf bedacht, „statt eines Rechtsstaates einen Polizeistaat mit den erniedrigendsten Bevormundungen nach allen Richtungen“ zu begründen.

Am 21. August 1817 leisteten 120 Landwehrlente einen an sich ganz unbedeutenden Widerstand gegen die Leistung des von ihnen verlangten Dienstes. Sie glaubten, durch ihren Bürgereid bereits alle Verpflichtungen gegen das Vaterland anerkannt zu haben, und verweigerten daher den Landwehr-Dienst. Flugs mischte sich die Polizei hinein, und als es infolgedessen zu Tumulten kam und die Herren Polizeijergeanten dabei etwas hart ins Gedränge kamen, als sogar die Polizeiburg an der Ursulinerstraße bestürmt wurde, da rief man als letzte Retter aus der Not die Kürassiere und dann die Infanterie und sogar die Kanonen zu Hilfe, um den Geist der „Widerpenstigkeit“ niederzuschlagen.

Im ersten Drittel des 19. Jahrhunderts unternahmen die Schneider- und Tischlergesellen eine Aktion zugunsten ihrer Meister. Es war am 29. September 1830. Die Schneider- und Tischlermeister fühlten sich durch die Konkurrenz der von Juden auf der Stockgasse und am Ringe betriebenen Magazine in ihrem Handwerk geschädigt. Sie verstanden es nun, ihre Gesellen gegen die unangenehme Konkurrenz aufzustacheln, und diese beschloßen, die Magazine der Juden zu zerstören. Am Abend des genannten Tages versammelten sich die Gesellen vor den Toren der Stadt und marschierten dann unter Gesang nach dem Ringe und der Stockgasse. Mit Stangen und Stöcken wurden die Fenster der Kleider- und Möbelläden eingeschlagen und ein Magazin auf dem Ringe geradezu gestürmt. Schließlich griff das Militär ein und trieb mit gefälltem Gewehr die Gesellen auseinander.

Handelte es sich bisher nur um Handwerksbetriebe und Gesellenrechte, so machte sich doch bereits die Entwicklung zur Großindustrie bemerkbar, und zwar im Bergbau. Die schlesische Bergwerksindustrie ist, von der preußischen Regierung nach dem Siebenjährigen Kriege aus politischen und fiskalischen Gründen besonders gefördert, eher wie die rheinisch-westfälische zu einer gewissen Großzügigkeit gekommen. In den schlesischen Gruben und Hütten fand, soweit Preußen in Betracht kommt, die moderne Maschinenteknik frühzeitig die umfassendste praktische Verwendung. Die großen Grundbesitzer, zugleich zum Teil Bergregalherren, wandten sich stärker wie ihre „Standesgenossen“ anderswo der Industrie zu und ließen schon zu einer Zeit verhältnismäßig bedeutende Großbetriebe anlegen, als im Ruhrgebiet der kleine „Pütt“ mit weniger als hundert Mann Belegschaft noch auf lange Zeit hinaus die typische Betriebseinheit blieb.

Infolgedessen auch (außerdem durch das massenhafte Bauernlegen) entstand in Schlesien relativ früh ein blutarmes Bergwerksproletariat; man zog auch schon für jene Zeit große Mengen landfremder Arbeitskräfte für die Industrieanlagen heran. So wuchs beispielsweise die Bevölkerung im industriellen Kreise *B e u t h e n* von 27 749 Köpfen im Jahre 1817 auf 94 081 im Jahre 1852 an, eine Volksvermehrung, über die die „Schlesische Zeitung“ am 7. Mai 1855 urteilte, das Proletariat sei „in erschreckender Weise“ verdoppelt und verdreifacht. Die Zuwanderer wurden trotz ihrer geringen Kultur wegen ihrer starken Körperkonstitution „und ihrer sehr geringen Ansprüche“ als sehr geeignet befunden, „in Bergwerken und Hütten beschäftigt zu werden“. Die „Schlesische Zeitung“, damals noch nicht ultrakonservativ, erklärte diese Proletarier-Ansammlung als der Landeskultur nicht förderlich. Aber die Unternehmer kümmerten sich nicht um „Sentimentalitäten“, achteten auf die größtmögliche Rentabilität der industriellen Anlagen und ließen der Arbeiterschaft so wenig von dem Arbeitsertrage zukommen, daß 1859 der Landrat *S o l g e r*

(Beuthen) zu einer sehr dunklen Schilderung der Lebensverhältnisse des oberschlesischen Industrieproletariats kommen konnte. Der Hungertyphus wütete in den schlesischen Industriebezirken (wo sich am raschesten in Preußen eine große Bereicherung weniger Industriemagnaten vollzog) derart, daß darüber amtliche Untersuchungen ein erschreckendes Bild enthüllten, und außerordentliche Notstandsaktionen zu einer Milderung des Massenelends in die Wege geleitet werden mußten. Die niederschlesische Bergarbeiterschaft wurde vermehrt durch den Zuzug von ihrer Scholle vertriebener Kleinbauern und infolge der Maschineneinführung ruiniertes Handwerker, deren elende Existenz ja sprichwörtlich geworden ist.

So kam eine Arbeiterschaft zusammen, der es größtenteils an der bergmännischen Tradition, die an die mittelalterlichen Zeiten der sozial bevorrechteten Knappschafft anknüpfte, gänzlich mangelte, und die darum sich ihrer Degradation nicht bewußt sein konnte. Es trat dann die Entfesselung des privatkapitalistischen Unternehmertums durch die „Bergbaufreiheit“ und die Einführung des angeblich „freien Arbeitsvertrages“ ein, der den Werksbesitzern die volle Kommandogewalt über die „freien Arbeiter“ verlieh. Auf Grund des preussischen Bergarbeitergesetzes von 1860 zwangen die Werksbesitzer „ihren freien Arbeitern“ Arbeitsordnungen auf, die die Belegschaften einem drakonischen privatkapitalistischen Disziplinarrecht unterstellten und geeignet waren, die Disziplinierten entweder zu resignierenden Heloten oder zu vor Verzweiflungskämpfen nicht zurückschreckenden „Rebellen“ zu machen. Die 1860 von der Bergbehörde bestätigte „Arbeits- und Strafordnung für die Belegschaften der sämtlichen Berg- und Hüttenwerke im Bergamtsbezirk Waldenburg, mit Ausschluß derer der Lausitz“ enthielt Strafbestimmungen, wie sie in einem Zuchthause nötig sein mögen. Sechs Abstufungen der Strafen für alle nur denkbaren Sünden gegen den Kapitalismus, vom Verweis bis zur „Degradation“ und gänzlichen Entlassung, wurden vorgesehen. Ueber das Strafmaß hatte der „Grubenbetriebsführer“ ganz allein zu bestimmen, von irgendwelcher Mitwirkung der „freien“ Arbeiter bei der Formulierung der Arbeitsordnung oder ihrer Ausführung war keine Rede. Daher der Name „freier Arbeitsvertrag“. Diese Zuchthausordnung bestimmte sogar über das Verhalten der Arbeiter außerhalb des Werksdienstes und enthielt Vorschriften über „Gehorsamsverweigerung“, „unziemliches Benehmen“, „laute Beschwerdeführung vor versammelter Mannschaft“, wie man sie ähnlich in den Kriegsartikeln des alten preussischen Militarismus vorfand! Der § 36 lautete wörtlich:

„Wer seine Kameraden in dieser Absicht zur Einstellung der Arbeit verleitet oder sich dazu verleiten läßt, wird gänzlich abgelegt und zur gerichtlichen Bestrafung denunziert.“

Das Gesetz vom 21. Mai 1860 verbot Vereinigungen bezw. gemeinsame Arbeitseinstellungen und bedrohte Widersetzliche mit

Gefängnis bis zu einem Jahre. Die Werksbesitzer durften sich trotz dieses Gesetzes koalieren, die Arbeiter aber waren gebunden, eben weil sie „frei“ wurden.

Kein Wunder, daß den so disziplinierten, mit verlängerter Schichtzeit und der aller Gleichberechtigung Hohn sprechenden „Lohnregulierung“ drangsalierten Arbeitern schließlich der Geduldsfaden riß. Verwunderlich ist nur, daß er so lange aushielt. An „Revolten“ der schlesischen Bergwerks- und Hüttenarbeiter muß es um die Zeit der Etablierung der schrankenlosen privatkapitalistischen Herrschaft nicht gefehlt haben. Manchmal bringen die schlesischen Blätter aus dieser Zeit kurze Nachrichten über kleine Arbeitseinstellungen in den Bergwerksbezirken. So „drohten“ im Juli 1859 die Hüttenarbeiter in *Lipine D.S.* mit Streik, weil ihnen der Lohn für geleistete Arbeit nicht ausbezahlt wurde. Der Landrat rief Manen herbei, also Militär zur „Schlichtung“ des Lohnstreiks, ein Mittel, das den Herrschenden gegenüber der Arbeiterschaft immer probat erschienen ist. Im selben Jahre demonstrierten 200 Zinkhüttenarbeiter der Hütte „*Silesia*“ in *Lipine* gegen starke Lohnabzüge. Die Bewegung ergriff auch Teile der Arbeiterschaft in *Kattowitz*, *Sohenlohehütte*, *Rasznia*, *Zabrze* usw. Die gepeinigten Lohnsklaven zogen auf die Straße, es kam zu Tumulten und Zusammenstößen mit der Polizei, wieder rückte Militär heran, und „die Ruhe und Sicherheit war wieder hergestellt“.

So wirkten sich die Anfänge der Entwicklung zur Großindustrie auf die schlesische Arbeiterschaft aus. Diese Wirkungen mußten die Arbeiter zum Sozialismus führen.

## Die vormärzliche Zeit.

Der preußische Thronwechsel und danach die Kriegsgefahr des Jahres 1840 lösten die Kräfte der Bourgeoisie, die seit der Mitte der dreißiger Jahre einen frischen Aufschwung genommen hatten. Der Gedanke der nationalen Einheit schlug aus dem geistigen Traumleben in eine handgreifliche Wirklichkeit um. Die drohende Kriegsgefahr lenkte den Blick darauf, wie erbarmungswürdig der Deutsche Bund das Kriegs- und Verkehrswesen vernachlässigte, wie schlecht er die deutschen Handels- und Wirtschaftsinteressen im Ausland vertrat. Forderungen wie die Einsetzung von Zollvereinskonsuln, wie die Errichtung eines Zollparlaments von Gewerbe- und Handeltreibenden neben Zollkongressen der Regierungen, begannen populär zu werden. Je stärker sich Handel und Wandel entwickelte, um so eindringlicher predigten die fünf verschiedenen Münzfüße, die zehn verschiedenen Ellen, die elf verschiedenen Gewichtsmaße und die zahllosen Portotariße des Zollvereins die Notwendigkeit eines einigen Reiches.

Diese Frage verknüpfte sich nun aufs engste mit der Frage der preußischen Verfassung. Preußen war der führende Staat des Zollvereins, und fast in keinem anderen Zollvereinsstaat hatten die bürgerlichen Klassen so wenig mitzureden wie hier. Der Glaube, daß Preußen nun in die Reihe der konstitutionellen Staaten einrücken würde, war fast allgemein. Am 28. Februar 1841 trat zum ersten Male unter der Regierung Friedrich Wilhelms IV. der Schlesiſche Provinzial-Landtag zusammen, der beschloß, eine Petition der Stadt Breslau um Verleihung einer reichsständischen Verfassung an den König als nicht angemessen und zeitgemäß abzuweisen. Obgleich dieser Antrag nicht an den König gelangte, wurde doch die Stadt Breslau mit der königlichen Ungnade bedroht. Die Bürgerschaft aber fiel sofort auf den Rücken oder richtiger auf den Bauch, als der König sich wegen dieser „Opposition“ jede Empfangsfeierlichkeit bei seiner bevorstehenden Reise nach Schlessien verbat. Die reuigen Stadtväter bereiteten ihm um so glänzendere Feste und ließen sich untertänigst von dem gnädigen Landesvater belehren, daß ihm keine Macht der Welt abringen werde, was zu geben er für unzweckmäßig halte.

Breslau, das noch nicht ganz 100 000 Einwohner hatte, war eine Handels-, keine Fabrikstadt; der Handel mit Polen bildete sein wirtschaftliches Rückgrat. Der jungen Bourgeoisie der schlesiſchen Hauptstadt hing der Himmel noch voller Geigen. Aufgebläht von bürgerlicher Tugend, suchte sie das in ihren Augen bankerotte Junkertum niederzukämpfen, aber von dem wirklichen Todfeinde, den sie in ihrem eigenen Schoß trug, hatte sie noch keine Ahnung. Im Spiegel dieser Bourgeoisie hat Gustav Freytags „Soll und Haben“ das damalige Breslau treffend genug gezeichnet, treffend nicht zuletzt darin, daß seine bürgerlichen Musterknaben noch im Stande politischer Unschuld leben. Der um diese Zeit in Angriff genommene Bau der Eisenbahnen (die Strecke bis Ohlau wurde am 21. Mai 1842 eröffnet) erweiterte den Verkehr der Stadt ungemein und machte Breslau noch mehr wie früher zum Mittelpunkt der Provinz. Auch der Bau der Breslau-Freiburg-Schweidnitzer Bahn und der der Niederschlesiſch-Märkiſchen wurde in Angriff genommen.

Eine scharfe Zensur hielt die Zeitungen im Zaum, von denen — umgekehrt wie heute — die „Breslauer Zeitung“ als konservativ und die „Schlesiſche Zeitung“ als liberal galt, soweit damals überhaupt von politischen Begriffen gesprochen werden konnte. Denn viel schlimmer als die gewaltsam zutage tretenden Offenbarungen des Polizeigeistes war dessen Walten im Stillen, im Geheimen. Auch der Breslauer Bürger konnte davon ein erbaulich Liedchen singen. Die Breslauer Polizei hatte treffliche Zensoren; auch nicht das leiseste Lüftlein ließen sie entstehen. Wenn man die „Schlesiſche“ und die „Breslauer Zeitung“ aus der vormärzlichen Zeit durchblättert, da ist es wirklich nicht nur der muffige

Duft des modernden Papiers, der sich beklemmend auf die Brust legt. Für politische Betrachtungen — und auch nur in der vorzüglichsten, harmlosesten Form — muß das entfernteste Ausland, wie Spanien, Griechenland und die Türkei, herhalten. Daß auch in Preußen und Deutschland es so etwas wie Politik geben konnte, davor durfte der vormärzliche Untertan beileibe nichts erfahren, und selbst die kommunalen Vorgänge durften nicht zum Gegenstand publizistischer Tätigkeit gemacht werden. An der Stelle unserer heutigen Leitartikel findet man Beschreibungen von Festen, Jubiläen und — Prinzenreisen. Als Friedrich Wilhelm IV., auf den die Liberalen so große Hoffnungen gesetzt hatten, zur Regierung kam, wurde die Sache in Breslau noch schlimmer, trotzdem ein Obergerichtsgericht geschaffen war und dieses nach außen hin eine mildere Praxis einzuschlagen schien. Die Schikanen der Breslauer Zensur waren so stark, daß man schließlich auf den Ausweg verfiel, alle für Breslau wichtige Nachrichten in den unter Blums Redaktion in Leipzig erscheinenden „Sächsischen Vaterlandsblättern“ zu veröffentlichen, die auch in Breslau einen großen Leserkreis besaßen.

Höchstens an der Universität gab es gelegentlich kleine politische Krawalle, in denen sich der 18jährige Ferdinand Lassalle die ersten Spuren verdiente. Damals schloß er seine Freundschaft mit Wilhelm Wolff, über den wir nun berichten wollen. Wohl selten hat ein Mann dem Borussentum so furchtlos und mutig ins Auge geblickt, als dieser kühne, treue und edle Vorkämpfer des Proletariats, wie ihn unser Altmeister Karl Marx in seinem ihm gewidmeten ersten Bande des „Kapital“ nannte. Wilhelm Wolff, der am 21. Juni 1809 zu Tarnau in Schlesien geboren, war der Sohn eines in gutsherrlichem Fronverhältnis stehenden ostelbischen Bauern. Er hat somit nicht nur die Schindereien der Erbuntertänigkeit, die zwar in der Theorie 1810 aufgehoben worden war, aber in der Praxis immer noch fortbestand, am eigenen Leibe erfahren, sondern auch die darauffolgende Periode des famosen Bauernlegens aus nächster Anschauung mit erlebt. Durch diese Erlebnisse seiner Kindheit war der Haß gegen das altpreußische Regime mit seiner gutsherrlichen Diktatur in dem Bauernjungen wachgerufen worden und sollte ihn bis an sein Ende beseelen. Da Wilhelm großes Talent zeigte, und es der Lieblingswunsch der Mutter trotz aller Bedrücktheit war, ihn nach dem nahen Schweidnitz aufs Gymnasium zu schicken, gab es mit dem gnädigen Herrn ob dieser Vermessenheit heftige Kämpfe. Schließlich gab dieser doch die Erlaubnis dazu und der Bauernsohn kam aufs Gymnasium und später nach Breslau auf die Universität. Hier bildete er unter den größten Entbehrungen seinen Geist an den Werken des klassischen Altertums, ohne dabei die Wirklichkeit aus dem Auge zu verlieren. Moritz Eisner, der mit ihm zusammen studierte, schrieb in

der „Breslauer Morgenzeitung“: „Wilhelm Wolff war eine Zierde der Breslauer Burschenschaft. Zwar unansehnlich von Gestalt und weder auf dem Fechtboden noch auf der Kneipe durch Virtuosität ausgezeichnet, erfreute er sich in der Verbindung dennoch eines besonderen Ansehens, und seinen Ansichten bewilligte man stets um so größere Beachtung, als sie durch eine unerbittliche Logik und durch die tägliche Betätigung unerschütterlicher Charakterfestigkeit unterstützt wurden. Wer bei aller Armut, oft um eines Mittagessens willen in Verlegenheit und ohne auch nur einen Versuch Schulden zu machen, seine Selbständigkeit so bewahrte, wie Wolff, durfte unter uns Burschenschaftlern schon ein derbes Wort sprechen, und Wolff sprach deren sehr viele und sehr derbe, ohne jemals ein Blatt vor den Mund zu nehmen.“

Angesteckt von dem Idealismus, der die damalige akademische Jugend besetzte, war er Mitglied der Burschenschaft, und, wie so viele, anlässlich der Demagogenheke 1834 verhaftet worden. Nachdem er lange hin- und hergeschleppt, wurde er endlich zu längerer Festungshaft auf Silberberg verurteilt, wo er mit Fritz Reuter und anderen großen Geistern der damaligen Zeit zusammentam. Da seine Gesundheit in den feuchten Kasematten sehr litt, ließ ihn die Regierung 1839 wieder frei. Er ging nach Breslau und suchte als Lehrer fortzukommen. Aber er hatte die Rechnung ohne den Wirt gemacht, und der Wirt war die preußische Regierung. Mitten in seinen Studien durch die Haft unterbrochen, hatte er die vorgeschriebenen drei Universitätsjahre nicht absolvieren können, noch weniger das Examen gemacht. Und in dem preußischen China galt nur der als zünftiger Gelehrter, der alles das vorschriftsmäßig abgewickelt hatte. Jeder andere, mochte er auch in seinem Fach noch so gelehrt sein, wie Wolff dies in der klassischen Philologie war, stand außerhalb der Kunst, war von der öffentlichen Verwertung seiner Kenntnisse ausgeschlossen. Es blieb die Aussicht, sich als Privatlehrer durchzuschlagen. Aber dazu gehörte eine Konzession der Regierung, und als Wolff darum einkam, wurde sie ihm verweigert. Der „Demagoge“ hätte verhungern oder wieder im heimatlichen Dorfe Fronddienste tun müssen, wenn es in Preußen keine Polen gegeben hätte. Auf eine Anstellung bei der Behörde war nicht zu hoffen, und so nahm er denn eine Stelle als Hauslehrer bei einem polnischen Gutsbesitzer an, wo er, nach Engels' Zeugnis, die glücklichsten Jahre seines Lebens verbrachte. Wolff war der Mann, den ein ehernes Schicksal geschmiedet hatte. Und so hat er auch in seinen Schriften gewirkt, die immer auf die praktischen Forderungen gestellt waren. Drei seiner bedeutendsten Arbeiten sind der Nachwelt erhalten geblieben:

1. Die Kasematten.
2. Das Elend und der Aufruhr in Schlesien.
3. Die Schlesiische Milliarde.



Der Artikel über die Kasematten findet sich im Hauptblatt der „Breslauer Zeitung“ vom 18. November 1843. Die Kasematten, deren Elend Wolff schildert, lagen an der Stelle, wo heute das städtische Arbeitshaus in Breslau steht: am Friedrichstor, das nach dem Siebenjährigen Kriege bei der Befestigung des Domes angelegt worden war, Sterngasse 4. Das Gebäude beherbergte die obdachlose Armut, in allem Jammer einer überzähligen Bevölkerung; „die eigene Anschauung des Elends unter den Armen“,



Wilhelm Wolff

so sagte Wolff in der Polemik, die sich an seine Artikel schloß, „die Bekanntschaft mit dem Lese einer zahlreichen Klasse meiner Mitmenschen und der Wunsch, für diejenigen das Wort zu ergreifen, die ihre Sache zu führen annoch unvermögend sind, waren die Veranlassung, daß ich den Glücklicheren das Schicksal einer von tiefer Not heimgesuchten Menge, den Zustand jener Schar armer und darum eben körperlich, aber auch noch mehr geistig zugrunde gehender Kinder vor Augen und ans Herz zu legen beschloß.“ Vor

Augen und ans Herz: denn so gut Wolff wußte, daß bloße Mildtätigkeit nicht an die Wurzeln des Uebels heranreiche, so war sie doch der erste Schritt, der ärgsten Not zu wehren. Dieser Artikel hatte Wolff den ehrenden Beinamen des „Kasematten-Wolff“ verschafft, und er wird selbst von Treitschke in seiner Deutschen Geschichte anerkannt als erster Versuch, das Masseneleid zu schildern, als eine Darstellung, aus der man mit Schrecken erkannte, daß auch Deutschland schon Höhlen des Jammers besaß, die sich mit der Pariser rue de la misère oder dem Impasse des cloaques vergleichen konnten. Ferdinand Lassalle hatte später einmal seine sozialistischen Ueberzeugungen vom Jahre 1843 datiert, demselben Jahre, wo der Kasemattenartikel erschien. Sicher hatte diese Arbeit seines um 16 Jahre älteren Freundes über das Elend in seiner Vaterstadt bei Lassalle zur Reife der politischen Anschauung beigetragen.

Der Artikel über den schlesischen Weberaufbruch von 1844 ist die einzige quellenmäßige Darstellung dieses ersten deutschen Arbeiteraufstandes, die allen seinen späteren Schilderungen und so auch dem Weberdrama Gerhart Hauptmanns die tatsächlichen Grundzüge geliefert hat. Wolff veröffentlichte seine Darstellung im ersten Bande des Deutschen Bürgerbuches, das in Darmstadt von H. Büttmann herausgegeben wurde und einer milderer Zensur unterlag, wenn auch freilich immer noch einer Zensur. So frei von der Leber weg, wie später in der „Schlesischen Milliarde“, konnte Wolff noch nicht sprechen, aber wir dürfen ihm heute noch danken, daß er sich dadurch nicht abhalten ließ, in schlichter Wahrheit den tatsächlichen Verlauf des Weberaufbruchs zu schildern und ihm gerade dadurch eine dauernde Stätte der Ehre in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung zu sichern. Den Zeitungen wurde durch die Zensur aufs strengste verboten, über diese Dinge auch nur eine Zeile zu veröffentlichen, die nicht etwa von der Regierung selbst verfaßt war, und das grausame Strafgericht gegen die gefangenen Weber wurde hinter verschlossenen Türen verhandelt. Wolffs Schilderungen sind auch die Unruhen zu verdanken, die der Weberaufstand in Breslau hervorrief.

Dieser hatte zahlreiche sozial denkende Dichter zu poetischen Ergüssen veranlaßt, so Ferd. Freiligrath, Heinr. Heine und andere. Hier sei nur das Lied der Weber in Peterswaldau und Langenbielau, von einem unbekanntem Verfasser im Jahre 1844 gedichtet, angeführt, das nach der Melodie „Es liegt ein Schloß in Oesterreich“ gesungen wurde:

### Das Blutgericht.

Hier im Ort ist ein Gericht,  
Viel schlimmer als die Femen,  
Wo man nicht mehr ein Urteil spricht,  
Das Leben schnell zu nehmen.

Hier wird der Mensch langsam gequält,  
Hier ist die Folterkammer,  
Hier werden Seufzer viel gezählt  
Als Zeugen von dem Jammer.

Die Herren Zwanziger die Henker sind,  
Die Diener ihre Schergen,  
Davon ein jeder tapfer schind't,  
Anstatt was zu verbergen.

Ihr Schurken all', ihr Satansbrut!  
Ihr höllischen Kujone!  
Ihr freßt der Armen Hab und Gut,  
Und Fluch wird euch zum Lohne!

Ihr seid die Quelle aller Not,  
Die hier den Armen drücket,  
Ihr seid's, die ihm das trockne Brot  
Noch von dem Munde rücket.

Was kümmert's euch, ob arme Leut'  
Kartoffeln fauen müssen,  
Wenn ihr nur könnt zu jeder Zeit  
Den besten Braten essen?

Kommt nun ein armer Webersmann,  
Die Arbeit zu befehen,  
Find't sich der kleinste Fehler dran,  
Wird's ihm gar schlecht ergehen.

Erhält er dann den kargen Lohn,  
Wird ihm noch abgezogen,  
Zeigt ihm die Thür mit Spott und Hohn,  
Kommt ihm noch nachgeflogen.

Hier hilft kein Bitten, hilft kein Fleh'n,  
Umsonst sind alle Klagen:  
Gefällt's euch nicht, so könnt ihr geh'n,  
Am Hungertuche nagen.

Nun denke man sich diese Not  
Und Elend dieser Armen;  
Zu Hause keinen Bissen Brot,  
Ist das nicht zum Erbarmen?

Erbarmen? Ha, ein schön Gefühl,  
Euch Kannibalen fremde;  
Ein jeder kennt schon euer Ziel:  
Es ist der Armen Haut und Hemde.

Oh! Euer Geld und Euer Gut!  
Das wird dereinst zergehen  
Wie Butter an der Sonne Gut,  
Wie wird's um euch dann stehen?

Wenn ihr dereinst nach dieser Zeit,  
Nach diesem Freudenleben,  
Dort, dort in jener Ewigkeit  
Sollt Rechenschaft abgeben?

Noch ha! Sie glauben an keinen Gott,  
Noch weder an Höl' und Himmel,  
Religion ist nur ihr Spott,  
Hält sich ans Weltgetümmel.

Ihr fangt stets an zu jeder Zeit,  
Den Lohn herabzubringen,  
Und andere Schurken sind bereit,  
Euerm Beispiel nachzufolgen.

Der Reihe nach folgt Hellmann nach  
Ganz frech ohn' alle Bande,  
Bei ihm ist auch herabgesetzt  
Der Lohn, zur wahren Schande.

Die Gebrüder Hofrichter sind,  
Was soll ich ihnen sagen?  
Nach Willkür wird auch hier geschind't,  
Dem Reichtum nachzujagen.

Und hat auch einer noch den Mut,  
Die Wahrheit nachzusagen,  
Dann kommt's so weit, es kostet Blut,  
Und dann will man verklagen.

Herr Camlott, Langer genannt,  
Der wird dabei nicht fehlen,  
Einem jeden ist es wohlbekannt,  
Viel Lohn mag er nicht geben.

Wenn euch, wie für ein Lumpengeld,  
Die Ware hingeschmissen,  
Was euch dann zum Gewinne fehlt,  
Wird Armen abgerissen.

Sind ja noch welche, die der Schmerz  
Der armen Leut' beweget,  
In deren Busen noch ein Herz  
Voll Mitgeföhle schläget,

Die müssen, von der Zeit verdrängt,  
Auch in das Glets einlenken,  
Der andern Beispiel eingedenk  
Sich in dem Lohn einschränken.

Ich sage, wem ist's wohl bekannt,  
Wer sah vor zwanzig Jahren  
Den übermühtigen Fabrikant  
In Staatskarossen fahren?

Sah man dort wohl zu jeder Zeit  
Paläste hoch erbauen?  
Mit Türen, Fenstern, prächtig, weit,  
Ist's festlich anzuschauen!

Wer traf wohl dort Hauslehrer an  
Bei einem Fabrikanten?  
In Livreen Kutscher angetan,  
Staats-Domestiken, Gouvernanten?

Wolffs „Schleßische Milliarde“ erschien erst später in sechs Artikeln in der „Neuen Rheinischen Zeitung“. Wie ein zündender Blitzschlag fielen diese Aufsätze in die gärende Atmosphäre. Die Nummern, die sie enthielten, wurden zu vielen Tausenden vervielfältigt und unter der schleßischen Landbevölkerung verbreitet. Denn hier, wo die feudale Schröpfung der Bauern seit Jahrhunderten am ärgsten war, hoffte Wolff die unterdrückte Bevölkerung am ersten zum Losschlagen zu bewegen. Es gibt kein zweites Werk, das die Epoche des Bauernlegens, der berüchtigten „Regulierungen“, mit solch heißender Ironie und satirischer Schärfe behandelt, als diese Arbeit des ehemaligen schleßischen Bauernjungen. Von keinem anderen wurde dem habgierigen und betrügerischen Junkertum der Fehdehandschuh so kühn und entschlossen hingeworfen und die Wahrheit so bitter ins Gesicht geschrieben, als gerade von diesem Manne, der einst selbst die Leiden der bäuerlichen Hörigkeit am eigenen Leibe erfahren hatte. Dabei bietet die Lektüre des Buches wegen seiner Schönheit der Sprache und radikalen Konsequenz der aufgestellten Forderungen einen wahren Genuß. Die Donnerworte, die er fürchtlos gegen die Regierung schleuderte, nicht achtend der Verleße in den preußischen Festungswällen und der Leiden des Exils, zeigen in ihm den radikalen Demokraten der alten Schule, der ebenso wie seine bewährten Exilgenossen bis zum Tode sich selber treu blieb.

Leider haben sich die glühendsten Wünsche Wolffs nicht erfüllt. Das ängstliche Bürgertum, das vor der Konterrevolution zu Kreuze kroch, hat die besten Köpfe seiner Zeit in ihren Hoffnungen enttäuscht, und die Epigonen, die seitdem den Vätern erwachsen, sind erst recht ein trauriges Geschlecht. Aber die Feinde sind dieselben geblieben. Es sind dieselben ostelbischen Granden, die heute die Taschen des arbeitenden Volkes plündern wie damals, sogar die Träger der Namen sind die gleichen geblieben, würdige Söhne ihrer würdigen Väter.

Wäre die herrschende Klasse in Breslau eine fabrizierende Bourgeoisie gewesen, so wäre ihr Schrecken über die Enthüllungen des Kasematten-Artikels viel geringer gewesen, aber ihre Abscheu vor dem Verkünder der Not um so grimmiger. Die Breslauer Kaufleute jedoch erkannten noch nicht, wie untrennbar diese Rehrseite von all ihrer Herrlichkeit sei; sie wollten sich's gern ein Stück Geld kosten lassen, um ihre Stadt von diesem Schandfleck zu befreien. Bereits am 1. Dezember 1843 hatte sich ein Verein zur Erziehung der Kinder hilfloser Proletarier gebildet, in dessen Vorstand zunächst Graf D o h e r n , Kaufmann F. A. H e l d und Kandidat W o l f f (unser Wilhelm Wolff) gewählt wurden; dazu kamen später Dr. B ü r c k n e r , Kommerzienrat F r ä n k e l , Kaufmann M o l i n a r i , Buchhändler P a u l y und als Stellvertreter General von L a n g e n , Sanitätsrat R e m e r , Kommerzienrat K. S c h i l l e r und Dr. S t e i n . Kein Fabrikant

war darunter, aber um so mehr Kaufleute, wie Molinari, das Muster, nach dem Freitag in „Soll und Haben“ seinen Kaufmann gezeichnet hat, dann einige Aerzte, und an letzter Stelle auch die Presse. Julius Stein redigierte die „Breslauer Zeitung“. Der neue Verein begann mit einem Kapital von 900 Talern; er beabsichtigte für seine Zwecke in der Nähe von Breslau ein Bauerngut für 5000 Taler zu kaufen, doch vermochte er nur 1000 Taler Anzahlung aufzubringen. Die Bourgeoisie erholte sich schnell vom ersten Schrecken und die Bürokratie half zum Ueberfluß dem kapitalistischen Instinkte nach; der Oberpräsident Merdell haßte als Bürokrat jede freiwillige, sei es noch so harmlose Regung der Bevölkerung, und empfand es als unbillige Zumutung an sein manchesterliches Denkvermögen, daß es „hilflose Proletarier“ geben sollte. Er verlangte die Entfernung dieses hochverrätherischen Wortes aus dem Namen des neuen Vereins und machte ihm auch sonst alle Schwierigkeiten. Der Verein aber — halb zog es ihn, halb sank er hin! — taufte sich um in einen Verein zur Erziehung „verwahrloster Kinder“, als welcher er, dem Weilschen im Verborgenen gleich, noch einige Zeit geblüht hat oder vielleicht noch blüht und zugleich läuterte er sich durch die Wahl eines neuen Vorstandes, aus dem „der Kandidat Wolff“ verschwunden war.

Das neu eingesetzte Oberzensurgericht hatte keinen hartnäckigeren, immer wiederkehrenden Stammgast als Wilh. Wolff in Breslau. Nichts machte ihm mehr Spaß, als die Zensur zu pressen, was bei der Dummheit der meisten Zensoren nicht sehr schwer war, sobald man ihre schwachen Seiten einigermaßen kannte. So war er es, der die frommen Gemüter aufs äußerste skandalisierte, indem er in einem alten Kirchengesangbuch, das noch in einiaen Orten im Gebrauche war, das folgende „Kernlied“ des bußfertigen Sünders entdeckte und in den „Schlesischen Provinzialblättern“ veröffentlichte:

„Ich bin ein rechtes Rabenaas,  
Ein wahrer Sündenrüffel,  
Der seine Sünden in sich fraß,  
Als wie der Ruff' die Zwippel.  
Herr Jesu, nimm mich Hund beim Ohr,  
Wirf mir den Gnadenknochen vor,  
Und schmeiß mich Sündenkümmel  
In Deinen Gnadenhimmel.“

Wie ein Lauffeuer ging das Lied durch ganz Deutschland, das schallende Gelächter der Gottlosen, die Entrüstung der „Stillen im Lande“ hervorrufend. Der Zensor bezog einen derben Küssel und die Regierung begann mit der Zeit wieder ein wachsameres Auge auf diesen Wolff zu werfen, diesen unruhigen Kopf, den fünf Jahre Festung nicht hatten zähmen können.

Ueber Wolffs Auftreten urteilt Eisner: „Wolff besaß einen merkwürdigen revolutionären Instinkt und erwarb sich in

Breslau, immer arm, immer arbeitsam, unablässig im Dienste der von ihm mit eisenfester Energie vertretenen sozialistischen Ideen tätig, namentlich unter der Arbeiterbevölkerung ein solches Ansehen, daß er eine Macht repräsentierte und ein bedeutendes Gewicht in die Waagschale der öffentlichen Meinung zu werfen vermochte.“ Für einen solchen Mann war in der vormärzlichen Zeit keines Bleibens in Breslau mehr. Der christlich-germanische Staat entfaltete sich in seiner ganzen furienhaften Glorie, als der Weberaufstand gezeigt hatte, daß den Massen doch einmal der Geduldsfaden reißen könne unter den endlosen Qualen, die auf sie gehäuft wurden, und selbst der Oberpräsident *M e r d e l* mußte von seinem Platze weichen, da er sich nicht zu den Henkersdiensten hergeben wollte, die der Lohspißel *S t i e b e r* von ihm verlangte, zunächst gegen die Männer, die sich im Hirschberger Tale selbst der schlesischen Weber tatkräftig angenommen hatten, gegen den Fabrikbesitzer *S c h l ö f f e l* und den Schullehrer *W a n d e r*. In Breslau war *Wilhelm Wolff* der schmerzhafteste Dorn im Fleische der Reaktion; mit der Erbitterung gegen ihn, so erzählt *Elsner*, verband sich eine Art von Scheu, die von der Verbreitung sozialistischer Doktrinen durch einen so unbeugbaren Mann die schrecklichsten Umwälzungen befürchtete. Die Breslauer Bourgeoisie geriet dermaßen außer sich, daß *Wolff* durch die Flucht ins Ausland sich einer nochmaligen Einkerkelung entziehen mußte. Ende des Jahres 1845 sollte er sich eines Preßdeliktes schuldig gemacht haben, von dem ihm selbst nichts bekannt war; Anfang 1846 wurde er denn auch vom Breslauer Oberlandesgericht wegen „Preßvergehen“ zu drei Monaten Festungshaft verurteilt. *Wolff* ging zuerst nach Mecklenburg. Hier fand er bei Freunden ein sicheres Unterkommen, bis seine unbehinderte Einschiffung nach London in Hamburg erfolgen konnte. In London, wo er zum erstenmal in einem öffentlichen Verein — dem noch bestehenden deutschen kommunistischen Arbeiterbildungsverein — auftrat, blieb er nicht lange und ging dann nach Brüssel zu *K a r l M a r x* und *F r i e d r i c h E n g e l s*.

Da es den Bürgern der schlesischen Metropole dank der Preßzensur und der Unterdrückung aller auch nur entfernt politischen Vereine und der völligen Anebelung jeglicher Regung der öffentlichen Meinung nicht möglich war, ihren politischen Wünschen und Hoffnungen nach außen hin Ausdruck zu geben, so verfiel man ganz naturgemäß auf den Ausweg, der wachsamem Polizei allerhand Schnippchen zu schlagen. Unter anderem benutzten die Breslauer hierzu alle möglichen offiziellen und inoffiziellen Feste, die sie in harmloseste Gewänder kleideten, wie zum Beispiel die von einer Zechengesellschaft aus dem Schweidnitzer Keller veranstalteten Schiffsahrtsfeste. Sie bestanden darin, daß man eine Lustfahrt auf der *O d e r* veranstaltete. In Treßchen oder anderswo wurde ausgestiegen und gelagert, dabei sang man Lieder

und brachte Toaste aus, vor allem aber entspann sich stets ein reger Meinungsaustausch. Auch andere gesellige Feste, wie die Narrenfeste der Künstlergesellschaft, gehörten in die Reihe dieser sogenannten „Demonstrationsfeste“. Eine direkte Einmischung war der Polizei zwar verwehrt, sie hatte aber auch damals schon überall ihre Spitzel stecken, und durch die erfuhr sie, was bei solchen Veranstaltungen vor sich ging. Man leitete auf Grund dieser polizeilichen Ermittlungen auch tatsächlich verschiedene Untersuchungen ein, so gegen den Gymnasiallehrer Dr. Stein und Hoffmann von Fallersleben, den Dichter der „Unpolitischen Lieder“.

Ein Gegenstück zu den Demonstrationsfesten bildeten die „Bahnhofsversammlungen“, die ebenfalls den Zweck hatten, das eifrige Bemühen der Breslauer Polizei um die Verhinderung politischer Besprechungen der Bürgerschaft zu vereiteln. Ohne eine Versammlung anzukündigen, kamen an bestimmten Tagen freizeithlich gesinnte Bürger, wie von ungefähr in den Wartesälen des Oberschlesischen oder des Märkischen Bahnhofes zusammen. Oft bis zu 400 Menschen, unter ihnen stets die Führer der politischen wie der religiösen Freiheitsbewegung in der Mitte der vierziger Jahre. Auch hier wurden Lieder gesungen, Toaste mit versteckten Pointen ausgebracht, und dabei wurde vor allem eifrig diskutiert. Man ging indessen stets so vorsichtig zu Werke, daß die alle Male pünktlich sich einfindenden Polizeier auch nicht ein einziges Mal Anlaß fanden, irgendwie einzuschreiten. Doch die Polizei wußte sich Rat. Sie wandte das Mittel der Einschüchterung der Gastwirte an. Und als wieder einmal die Freiheitsfreunde sich so von ungefähr auf dem Niederschlesischen Bahnhofe einfanden, war der Bahnhofswirt um alles in der Welt nicht zu bewegen, den Saal zu beleuchten. Indessen die Versammlungsteilnehmer waren auch nicht auf den Kopf gefallen. Flugs eilten einige zur Stadt zurück und holten Lichter. Diese wurden in Flaschen und ausgehöhlte Kartoffeln gesteckt und dann stieg eine der gemütlichsten und prächtigsten Bahnhofsversammlungen, während die anwesenden Polizisten sich nicht wenig ärgerten.

Nun hatte es aber die löbliche Polizei satt; sie wollte sich nicht länger an der Nase herumführen lassen und so erschien ein Ukas, der da erklärte, daß „außerordentliche Volksversammlungen und Volksfeste, nämlich solche, welche bisher hinsichtlich der Zeit und des Ortes weder üblich noch gestattet waren . . .“, unter welchem Namen und zu welchem Zwecke es auch immer sei“, ohne vorherige Genehmigung nach den Beschlüssen der Deutschen Bundesversammlung streng verboten seien, und daß unter diese auch die Bahnhofszusammenkünfte gehörten. Wahrscheinlich wären diese improvisierten Versammlungen recht bald infolge des Mangels



an Abwechslung von selbst eingeschlafen; nun aber jener Polizeiuftas erschienen war, beschloß man, dem Verbote zuwider, von neuem zusammenzukommen, zumal man der Ansicht war, daß auf derartige Zusammenkünfte der betreffende Bundestagsbefchluß gar keine Anwendung finden könne. Am 28. Oktober 1845 fanden sich etwa 400 Bürger ein, diesmal im Casperstischen Saale auf der Matthiasstraße. Man begann mit einigen Vorlesungen aus zensierten Büchern und Zeitschriften. Doch schon betrat der Polizeipräsident H e i n k e in höchst eigener Person den Saal und hielt eine Ansprache, daß er eventuell gezwungen sein werde, die verbotene Versammlung mit Zwangsmahregeln zu verhindern. „Es würde mir schmerzlich sein, meine Herren, wenn Sie Ihre Opposition auf eine Höhe steigern sollten, die mich nötigt, zu Gewaltmitteln zu greifen, deren Anwendung ebenso sehr den loyalen Ruf der Stadt kompromittieren als für den Einzelnen Nachwehen, die ihm vielleicht dauernd fühlbar werden dürften, mit sich führen könnte.“ Unter Protest und mit der ausdrücklichen Erklärung, nur der brutalen geseßlosen Gewalt zu weichen, gingen die Versammelten darauf auseinander.

So rücksichtsvoll ist die Polizei niemals vorgegangen, wenn sie in Zusammenkünfte von Sozialisten eindrang.

Nun hatte die Polizei zwar erreicht, daß die Bahnhofsversammlungen aufhörten, aber daß diese ihre Früchte auch für die Zukunft trugen, das hatte sie nicht zu verhindern vermocht. Die Versammlungen gaben die Veranlassung zur Gründung der Städtischen Ressource, die unter dem Patronat der städtischen Behörden stand und nun der Mittelpunkt des politischen Lebens in Breslau wurde, ohne daß die Polizei wirksam dagegen einschreiten konnte. Die Ressource war tatsächlich ein politischer Verein, in dessen Zusammenkünften kommunale, politische und religiöse Fragen in freier Weise debattiert wurden. Im Jahre 1847 ging man sogar dazu über, allwöchentlich einen Vortrag für die Mitglieder halten zu lassen, zu welchem Zwecke sich die Führer der freiheitlichen Strömungen, wie Dr. Elsner, Dr. Stein, Nees v. Esenbeck, Stadtgerichtsrat Simon und andere mehr zur Verfügung stellten. Jetzt erklärte der Oberpräsident, er werde die Ressourcen-Versammlungen durch die Polizei überwachen lassen. Wenn sich „Ungehörigkeiten“ ergäben, ließe er die Gesellschaft sofort auflösen. Da die Entrüstung über solche Bevormundung recht bedenkliche Formen annahm, so zog sich der Oberpräsident schließlich darauf zurück, er wolle auf die polizeiliche Ueberwachung verzichten, wenn bei den Vorträgen alle religiösen und politischen Themen ausgeschlossen würden, wenn Themen und Vortragende dem Polizeipräsidenten mitgeteilt würden und wenn der Oberbürgermeister, nebst dem Stadtverordneten-Vorsteher die Verantwortung

übernehmen. Die Ressource besaß Rückgrat genug, auf solche demütigenden Bedingungen nicht einzugehen. Da nun die polizeiliche Ueberwachung in Kraft treten sollte, verzichtete man, der Gewalt weichend, auf die Vorträge und ersetzte diese durch Beantwortung eines Fragekastens. Hierdurch wurde die Besprechung der verschiedensten politischen Themen gesichert.

Auch gegen die Presse wurde das Vorgehen der Zensur immer rigorosier, je näher die Tage der Märzrevolution herankamen. Der „Schlesischen Zeitung“ wollte man das Recht nehmen, sich „privilegierte“ zu nennen und drohte ihr die Konzession zu entziehen, wenn sie fortfahre zu schreiben wie bisher. Abgesehen war es dabei auf die Entfernung des bei den Reaktionsären besonders verhassten Redakteurs H i e l s c h e r. Wollte die Zeitung überhaupt noch weiter erscheinen, so mußte sie diesen fallen lassen. Dies geschah auch, und das Blatt wurde immer reaktionärer.

Die H a u s s u c h u n g e n waren im Laufe der letzten Jahre nahezu etwas Alltägliches geworden, ohne glücklicherweise etwas von ihrer aufreizenden und erbitternden Wirkung auf die Bürgerschaft einzubüßen. Besonders nach dem Fürstensteiner Feste vom 14. Juni 1846, das eine in Freiburg unter Teilnahme der städtischen Behörden abgehaltene politische Verbrüderungsfeier mit revolutionären Reden, unter anderen von Dr. L a s t e r, war, regnete es in Breslau förmlich polizeiliche Haussuchungen. Man glaubte endlich einmal der geheimen Verbindung innerhalb der liberalen Partei auf die Spur gekommen zu sein. Doch blieb das Schnüffeln der Breslauer Polizeimajen auch diesmal verlorene Liebesmühe. Die Erbitterung unter der Bürgerschaft wurde auf das höchste gereizt und am 15. Oktober 1846, dem Geburtstag des Königs, kam sie zum bezeichnenden Ausdruck. Man benutzte den Anlaß, um im Theater — in der „K a l t e n A s c h e“ — eine politische, ja revolutionäre Demonstration zu feiern. Natürlich wollte auch die Polizei dabei sein; doch kurzer Hand wurde ihren Abgesandten der Eintritt in den Saal verwehrt. Selbst den Spikeln hatte man es unmöglich gemacht, ihre lichtscheue Tätigkeit ausüben zu können. Die Reden, die vor einer 500köpfigen Menge aus allen Kreisen der Bürgerschaft, mit dem Oberbürgermeister, dem Magistrat und den Stadtverordneten an der Spitze, gehalten wurden, waren so radikal, ja revolutionär, daß keine Zeitung es wagte, auch nur andeutungsweise darüber zu berichten. Die Polizei leitete zwar eine Untersuchung ein und gab sich die größte Mühe, Material aufzutreiben. Es blieb umsonst: sie war diesmal völlig kaltgestellt.

Sehr schnell hatte das Breslauer Bürgertum vergessen, wie es polizeilich behandelt worden ist. Als die Verfolgungen der Sozialdemokraten einsetzten, jubelte es noch brutaleren Maßnahmen zu.

Inzwischen hatte die Gewerbefreiheit die Zertrümmerung der alten zünftlerischen Organisation des Handwerks gebracht als eine notwendige Folge der mit dem Siegeslaufe der Maschine einsetzenden kapitalistischen Entwicklung der wirtschaftlichen Ordnung. Hand in Hand mit dieser machte sich aber auch die Verwandlung des alten Handwerksgesellen in einen modernen Proletarier bemerkbar. So gründeten sich die Tischler im Jahre 1840 einen Unterstützungsverein der Breslauer Tischlergesellen, den man ohne Zwang als eine Art von Uebergangsform zur modernen Arbeiterorganisation bezeichnen kann. Der Verein, der später im Jahre 1856 den Namen „Tischlergesellen-Kranken- und Unterstützungs-Kasse“ erhalten hat, war allerdings nichts weiter als ein reiner Unterstützungsverein, fast in der Form unserer heutigen Ortskranken-Kassen. Jeder in Breslau beschäftigte Tischlergeselle mußte ihm angehören; er hatte einen Wochenbeitrag von 1 Silbergroschen, der Meister aber einen solchen von 3 Pfennigen zu leisten. Dafür bekam der Geselle im Falle der Erkrankung freie ärztliche Behandlung und Medizin sowie während der bescheinigten Arbeitsunfähigkeit eine Unterstützung von 10 Silbergroschen wöchentlich. Starb der Geselle, so richtete ihm der Verein mit einem Kostenaufwande bis zu 20 Talern hin das Begräbniß aus. Endlich aber erhielten Zugereiste, die in Breslau nicht gleich Arbeit fanden, aus der Kasse eine Unterstützung bis zu 10 Silbergroschen und freies Nachtlager auf der Herberge. War also bei diesem Verein von irgendwelchen Bestrebungen, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu verbessern, auch nicht andeutungsweise die Rede, so kann man ihn trotzdem als eine Art von Gesellenorganisation bezeichnen, insofern als er einen Gesellenausschuß von 16 Mitgliedern und 3 Mitgesellen zu wählen hatte, die nicht nur in Vereinsfragen, sondern auch in allgemeinen Handwerksfragen mit den Meistern in Verbindung traten und bis zum Jahre 1869 hin tatsächlich die einzige Arbeitervertretung der Breslauer Tischlergesellen bildeten. Ähnliche Einrichtungen wie die Tischler, gründeten sich auch verschiedene andere Gewerke. Erreicht wurde dadurch für die Gesellen allerdings herzlich wenig. Soziale Strömungen und Ideen machten sich zwar seit den 30er Jahren des 19. Jahrhunderts, wie bereits erwähnt wurde, auch in Breslau geltend, aber sie äußerten sich mehr in theoretischen Diskussionen der intellektuellen Kreise. Die Arbeiterchaft selbst wurde, so weit sie überhaupt am öffentlichen Leben teilnahm, von ihren eigenen ihr selbst naheliegenden Fragen durch den Versuch des Bürgertums, sich die politische Freiheit und Gleichberechtigung zu erkämpfen, abgelenkt.

Die Versuche des Kultusministers Eichhorn, die Lehrfreiheit zu beschränken, hatten eine heftige Opposition auf der hiesigen Universität hervorgerufen, der sich auch die Professoren angeschlossen. Von den Beteiligten erhielt Professor S a a j e eine

Rüge, während den bekannten Dichter Hoffmann v. Fallersleben, der seit 1830 an der Breslauer Universität wirkte, ein härteres Schicksal traf, er wurde aus seinem Amte entlassen. Auch nach der Amtsentsetzung (im Januar 1843) lebte Hoffmann in Breslau als Privatmann und wirkte in derselben Weise fort.

Als in Langenbielau und Peterswaldau im Jahre 1844 der Weberaufstand ausgebrochen war, wurde zu seiner Unterdrückung von allen Seiten Militär herbeigeholt. So zog am 6. Juni Infanterie aus Brieg durch Breslau, um die hungernden Weber im Culengebirge mit blauen Bohnen füttern zu helfen. Da fing es in Breslau an zu gären, es bildeten sich Menschenhaufen, die singend und lärmend durch die Straßen zogen und ihre Sympathien für die Weber dadurch bewiesen, daß sie einige Fenster in der Karlsstraße einwarfen. Am nächsten Tage war der Tumult noch größer, es wurden noch mehr Fenstersteine in der Karls- und Antonienstraße und in der Goldenen Radegasse eingeworfen. Das Militär verhinderte weitere Ausschreitungen. Etwa fünfzig Personen wurden verhaftet, von denen dann achtzehn zu Freiheits- und Leibesstrafen verurteilt wurden. Diese Zustände und Ereignisse, teils im Gebirge, teils in Breslau, verfehlten nicht, die Aufmerksamkeit der Behörden, insbesondere auch des Ministeriums, auf sich zu lenken. Man suchte eine Ursache und fand diese nicht in der wirklich vorhandenen Not, in dem Arbeitsmangel und der dadurch hervorgerufenen Unzufriedenheit, sondern in der Presse, in der mit größter Vorsicht zensurierten Presse. Die Zensoren erhielten immer schärfere Anweisungen, mit der äußersten Strenge gegen die Presse zu verfahren. So lange man sich nun mit den entweder ganz oder zum größten Teile gestrichenen Artikeln an das Oberzensurgericht wenden konnte, war der Zustand noch erträglich; aber endlich machte Wilhelm Wolff die Erfahrung, daß ihm ein von der Zensur gestrichener, vom Oberzensurgericht aber freigegebener Artikel von der Zensur zum zweiten Male gestrichen wurde. Es war nämlich währenddem eine speziell die Breslauer Zensoren angehende Verordnung ergangen, dahin lautend, alle Artikel zu streichen, welche die Besprechung des unter den Webern und Spinnern herrschenden Elends oder wohl gar des Weberaufstandes zum Gegenstand hätten. So geschah es, daß das Oberzensurgericht sein erstes, freisprechendes Urteil zurücknahm und dafür ein zweites, verurteilendes erließ.

Von einer größeren, mehr durchgreifenden Bedeutung als die politischen Bestrebungen war die religiöse Bewegung, die sich zuerst innerhalb der römisch-katholischen Kirche kundgab. Lange hatten die konfessionellen Kämpfe in Schlesien geruht, als 1844 in Trier der heilige Rock ausgestellt wurde. Zu dieser Reliquie, von der allerlei Wunder berichtet wurden, sind über eine Million Menschen gepilgert. Der Liberalismus benutzte diese Ausstellung zu heftigen Ausfällen wider die römisch-katholische Kirche und ein

vom Amt entfernter katholischer Kaplan in Breslau, Johannes Ronge, richtete in den „Sächsischen Vaterlandsblättern“ einen offenen Brief an den Bischof Arnoldi von Trier, in dem er sich gegen die Reliquienverehrung aussprach. Dieser Brief war an und für sich herzlich unbedeutend; aber vielleicht gerade deshalb, weil er nur enthielt, was jedermann wußte und begriff, ward er mit so großem Jubel aufgenommen. Ronge schlug vor, die Katholiken sollten sich vom römischen Stuhl unabhängig machen, woraus dann die deutsch-katholischen Gemeinden (eine davon ist die heutige



Johannes Ronge.

Monistische Gemeinde in der Grünstraße) entstanden, während aus dem Protestantismus die evangelischen freien Gemeinden hervorgingen. Der Kampf für die Religionsfreiheit nahm bald einen politischen Charakter an und gestaltete sich zu einem Kampfe des entschiedenen Liberalismus gegen die übermächtige Staatsgewalt. Der erste christkatholische Gottesdienst fand am 9. März 1845 in der hiesigen Armenhauskirche statt. Ronge wurde zum Prediger gewählt. Er starb am 25. Oktober 1887 und liegt auf dem Friedhofe der Monistischen Gemeinde, an der Bunzlauer Straße, beerdigt.

Besonders verhaßt machte sich der polizeiliche Spitzeldienst durch den Fall des Fabrikanten F. W. Schöffel, der unter dem falschen Verdachte, im Hirschberger Tale eine kommunistische Verschwörung angezettelt zu haben, im März 1845 in Breslau in der Wohnung seines Schwiegervaters, eines Leutnants, verhaftet worden war, nachdem die Polizei die Wohnung nach allen Regeln der Kunst durchstöbert und verschiedene Briefe und Druckschriften beschlagnahmt hatte. Die Empörung der Breslauer nahm einen bedrohlichen Charakter an und der Oberpräsident v. Merckel berichtete an den Minister v. Arnim: „Dem Volke ist nichts verhaßter, als eine geheime Polizei.“ Tatsächlich wurde auch Schöffel aus der Haft entlassen, am zweitnächsten Tage aber bestellte ihn der Polizeipräsident aufs neue zu sich, und der berückigte Polizeikommissar Stieber aus Berlin verhaftete ihn wieder. Der Prozeß endete schließlich mit einer glänzenden Freisprechung.

Das Jahr 1847 brachte Breslau außer der ersten Gasbeleuchtung eine außerordentliche Teuerung, die infolge der teils schlechten, teils mittelmäßigen Ernten der letzten Jahre eingetreten war, daneben wurde die Stadt noch von einer Ueberschwemmung heimgesucht. Der Magistrat hatte durch Beschaffung von Notstandsarbeiten zu helfen versucht; gegen 500 Arbeiter waren zur Ausschlämzung des Stadtgrabens eingestellt worden. Als aber der Wasserreichtum diesen Arbeiten ein Ende bereitete, wurde die Not noch größer wie zuvor. Trotzdem hatten es verschiedene Bauunternehmer für gut befunden, auf den wenigen Neubauten, um des billigen Lohnes halber, auswärtige Arbeiter einzustellen. Am 22. März zogen arbeitslose Arbeiter truppweise durch die Straßen zu den wiederbegonnenen Bauten und versuchten mit Gewalt die fremden Arbeiter fortzutreiben, die sie als die Ursache ihrer eigenen Arbeitslosigkeit betrachteten. Sie wurden von der Polizei und vom Militär auseinandergetrieben. Am 26. April wiederholten sich diese Szenen. Noch größer als in Breslau war die Not und das Elend in anderen Teilen Schlesiens, besonders in Oberschlesien, wo der Hungertyphus ausgebrochen war.

Kurz vor den Märztagen wurde noch, um in dem Stile der damaligen Zeit zu reden, eine sozialistische und kommunistische Verschwörung entdeckt, die freilich, wie sich später ergab, nichts weiter als ein unter mehreren Gesellen bestehender Leseverein war. Auf dem städtischen Turnplatze am Schießwerder turnten mit Erlaubnis des Magistrats an mehreren Tagen der Woche auch eine Anzahl Handwerksgesellen. Zu ihnen hatten sich eine Anzahl von Bürgern gefunden, unter anderem die Literaten M ö l l e r und S e m r a u, sowie die beiden Schuhmacher H o f f m a n n. Diese Turner kamen auch öfter in ihren Wohnungen zu einem Leseverein zusammen. Unter den Büchern, welche zirkulierten, befanden sich auch viele verbotene, denn vor den Märztagen war

sehr viel verboten. Das war nun die kommunistische Verschwörung. Im Anfang Februar 1848 fanden plötzlich bei diesen Gesellen und einigen Bürgern Hausdurchsuchungen statt, um — wie die damalige „Zeitungshalle“ schrieb — nach verbotenen Büchern und kommunistischen Umtrieben zu suchen. Die beiden Brüder Schuhmacher Hoffmann, in deren Wohnung die Zusammenkünfte am häufigsten stattgefunden hatten, wurden am 11. Februar verhaftet. Außerdem aber besaß der Polizeipräsident noch die Anweisung, in einem Schreiben an die städtischen Körperschaften diesen „anheim zu geben“, die den Gesellen erteilte Erlaubnis zur Benutzung des Turnplatzes zurückzuziehen, „da Gesetzwidrigkeiten vorgekommen seien“. Einen Monat später wurden die beiden Gefangenen mit Gewalt aus dem Gefängnis befreit und im Triumph durch die Straßen getragen.

### Die Zeit der Revolution 1848—1849.

In Breslau beginnen die Märztage mit dem 6. März 1848, wo eine Stadtverordnetenversammlung tagte, in der unter dem frischen Eindrucke der Pariser Nachrichten über die Februar-Ereignisse im Beisein einer überaus starken Zuhörerschaft über eine Petition um Gewährung der Pressefreiheit und Zusammenberufung der Vereinigten Provinzialstände beraten werden sollte. Mit Absicht hatte man die Sitzung erst um 5 Uhr nachmittags anberaumt; in der Stadt ging nämlich das Gerücht, es sei beabsichtigt, am Abend im „Wintergarten“, in der Gegend der heutigen Paulstraße, eine Volksversammlung abzuhalten, um die städtischen Behörden zu drängen, daß sie mit mehr Energie als bisher den Wünschen des Volkes bei der Regierung Gehör verschafften. Zu dieser Versammlung durfte aber weder durch die Zeitungen noch durch Plakate eingeladen werden. Der Magistrat erließ die folgende Bekanntmachung:

„Es ist zu unserer Kenntnis gelangt, daß am heutigen Tage eine öffentliche Versammlung stattfinden sollte, um über die politischen Verhältnisse der Gegenwart und die darauf zu gründenden Forderungen zu beraten. Eine solche Versammlung ist mit den bestehenden Gesetzen nicht vereinbar. Der Magistrat erwartet daher, daß diese Versammlung unterbleiben und die Einwohnerschaft vielmehr vertrauen werde, daß Magistrat und Stadtverordnetenversammlung als die alleinigen gesetzlichen Organe der Gemeinde die wahren Bedürfnisse derselben erkennen und auf ihre Befriedigung, so wie bisher im gesetzlichen Wege hinwirken werden.“

Darauf unterblieb zwar die Volksversammlung, doch ging der Abend nicht ruhig vorüber. Die Militärbehörde argwöhnte, daß etwas Besonderes geplant sei. Die Wachen wurden verstärkt, der „Wintergarten“ durch Infanterie und Artillerie besetzt, Kavalleriepicketts standen bereit. Die Stadtverordnetenversammlung nahm einen stürmischen Verlauf und wurde aufgehoben, auch bildeten sich in den Hauptstraßen und auf den freien Plätzen zahl-

reiche Gruppen, aus denen durcheinander Livatrußen, Schreien und Pfeifen ertönte. Durch das Einschreiten des Militärs wurden die Gruppen gesprengt, dabei kamen mehrere Verwundungen vor. Am folgenden Tage erließen daher Gouvernement und Polizeipräsident „wohlwollende Warnungen“.

Am 8. März wurde die für diesen Tag angesagte Aufführung von Rossinis Oper „Wilhelm Tell“ verboten; so hoch war bereits die Aufregung und das Mißtrauen der Behörden gestiegen. Am 16. März fand abermals eine öffentliche Sitzung der Stadtverordneten statt; es wurde über die Erfolglosigkeit einer inzwischen nach Berlin gesandten Deputation der städtischen Körperschaften berichtet. Am Abend durchzogen wieder größere Mengen von demonstrierenden Bürgern die Straßen und vor die Wohnungen der beliebtesten Stadtverordneten. Kürassiere sprengten heran, ein Signal ertönte, und um den Preis zahlreicher Verwundeter war die Ruhe wieder gesichert. Aber nur bis zum nächsten Abend, an dem eine große Menschenmenge vor das Untersuchungsgefängnis zog und die Freilassung der politischen Gefangenen durchsetzte, die unter lautem Jubel auf das Rathaus getragen und dann nach Hause geleitet wurden.

Um aber auch gegen die Angriffe des Militärs nicht wehrlos zu bleiben, begann auf Grund eines Magistratserlasses an demselben Tage die Bewaffnung der Bürger: es bildete sich die Bürgergarde. Mit schwarz-rot-goldenen Kokarden und Bändern geschmückt, mit Büchsen, Flinten, Pistolen, Säbeln und Rapiere bewaffnet, durchzogen die Bürger, die Gesellen und Arbeiter die Stadt.

Der 18. März, ein Sonnabend, verlief in Breslau völlig ruhig. Nur verschiedene Arbeiterdeputationen, so die der Maurer, der Zimmerer, der Schneider, trugen auf dem Rathause ihre Wünsche vor. Die Buchdrucker erschienen sogar in ihrer Gesamtheit und in geordnetem Zuge. Aber als am folgenden Tage die ersten Nachrichten von den blutigen Straßenkämpfen in Berlin kamen, da wuchs die Aufregung von Stunde zu Stunde. Der Magistrat hatte eine Proklamation anschlagen lassen, in der er die durch den König erfolgte Gewährung der Pressfreiheit bekanntgab; sie wurde von der vor dem Rathaus versammelten Menschenmasse mit Füßen getreten. An die Stauensäule schrieb man als Symbol ihrer Stäupung die Namen Metternichs, mehrerer Minister und des Oberpräsidenten von Bedell, dessen Abzug aus der Stadt die Menge forderte. Dann fand eine große Volksversammlung auf dem Neumarkte statt, worauf die Tausende wieder im geordneten Zuge vors Rathaus zogen und eine Deputation abordneten, die dem Magistrat die Wünsche der Bürger vortrug. Der Erfolg war, daß der Polizeipräsident H e i n k e sein Amt niederlegte, während der Oberpräsident v o n B e d e l l und der verhaßte Polizeinspektor G i e s e aus der Stadt flohen.



Am Montag erreichte die Aufregung ihren Höhepunkt, die Behörden stellten ihre Tätigkeit ein, und vom Magistrat wurde eine Sicherheitskommission, vom Volke die provisorische Regierung genannt, eingesetzt, der zum großen Teil die Führer der Demokraten und auch ein Arbeiter, der Schneider Pelz, angehörten. Bis nach Mitternacht durchzogen die Mengen unter Hochrufen auf die Republik die Straßen, ohne daß diesmal die Soldateska eingegriffen hätte.

Inzwischen war abermals eine städtische Deputation nach Berlin geschickt worden, und sie brachte die Nachricht mit heim, daß der König in seiner Kabinettsorder eine „konstitutionelle Verfassung auf breiter Grundlage“ versprochen habe, nebst einem auf Urwahlen beruhenden „volkstümlichen Wahlgesetz“. Entgegen der Absicht des Königs forderten aber Magistrat und Stadtverordnete von Breslau, daß dieses Wahlgesetz sofort in Kraft treten und nicht erst von den Vereinigten Ständen beraten werden solle. Und von Breslau erging die Aufforderung an die Kommunen, sich dem energischen Fordern Breslaus anzuschließen.

Zum ersten Male erschienen auch die Arbeiter selbständig auf dem Plane. Eine Arbeiterversammlung im „Russischen Kaiser“ — wohl die erste dieser Art in Breslau — beauftragte eine Arbeiter-Deputation damit, dem preussischen Ministerium eine durch 3500 Unterschriften gedeckte Erklärung der Breslauer Arbeiterschaft zu überreichen, welche die sofortige Bewilligung des allgemeinen Wahlrechts und die Errichtung von einer Art Arbeitskammern in Angliederung an das Arbeitsministerium forderte. Die Deputation bestand aus dem Schneider Pelz, dem Schriftsetzer Lindner und dem Tischlergesellen Steg. Der von diesen Deputierten nach ihrer Rückkehr abgestattete Bericht ist für die damaligen Zustände sehr bezeichnend; er lautet wie folgt:

#### „Arbeiter Breslaus!“

Die Deputation, durch Euer Vertrauen beauftragt, in Berlin den Protest gegen den vereinigten Landtag am geeigneten Orte anzubringen, ist gestern in eure Mitte zurückgekehrt. Die Deputation hält es für ihre Pflicht, euch von ihrer Mission Rechenschaft zu geben.

Den nächsten Zweck der Mission, den Protest gegen den vereinigten Landtag dem Ministerium Auerwald zu überreichen, haben wir insofern erfüllt, daß wir den Protest dem Minister Hansemann überreicht haben. Wir glauben dadurch nicht unsere Instruktion überschritten zu haben. Der Finanzminister ist ebenso gut verantwortlicher Minister, als der Minister des Innern. Wir hoffen, daß er durch diesen Beweis unseres Vertrauens unsere politischen, sowie materiellen Interessen wahrnehmen wird. „Lassen Sie den Landtag zusammenkommen, um sein Todesurteil selbst aussprechen zu können; es soll ihm nur das Gesetz wegen der Urwahlen vorgelegt werden, und dann wird er schon auseinandergehen.“ So sagte der Minister. Er sprach sehr leutselig zu uns, wie es alle neuen Minister tun. Er bat, ihm zu vertrauen und so viel wie möglich dahin zu wirken, daß die Arbeiter von Breslau sich baldigst beruhigen mögen. Wir wollen dem Minister vorläufig vertrauen, bis wir die Garantie haben, daß unsere Gerechtfame uns endlich zuteil werden,

daß das Gesetz, die Urwahlen betreffend, schleunigst erlassen werde. Haben wir die Urwahlen, so haben wir die sicherste Gewähr, daß es besser wird. Wir sind überzeugt, daß alsdann die Arbeiter nur solche Deputationen wählen, die nicht allein am besten die Lage der Arbeiter kennen, sondern auch imstande sein werden, die geeignetsten Mittel zur Verbesserung ihrer Lage vorzuschlagen und durchzusetzen, kurz, als Deputierte nur Arbeiter wählen werden.

Arbeiter von Breslau! Aus allen Provinzen gingen Proteste gegen den Landtag beim Ministerium ein. Man wird nicht wagen, einen solchen ständischen Landtag, zu dem so wenig Vertrauen ist, länger in Wirksamkeit zu lassen, als, um mit dem Minister zu reden, derselbe Zeit braucht, „sein eigenes Todesurteil auszusprechen“. Die Mitglieder des gegenwärtigen Landtages werden zum Besten des Landes, sowie zu ihrem eigenen Besten schleunigst auseinandergehen müssen. Daher Arbeiter! Habt Vertrauen und kehrt zur Arbeit zurück. Wir wollen alle insgesamt schon acht geben, daß man die Früchte eines blutigen Kampfes uns nicht aus den Händen windet.

Ebenso ist unserem Antrage, daß bei dem Arbeitsministerium eine Kommission von Arbeitern und Arbeitgebern zu konstituieren ist, Berücksichtigung versprochen.“

Dieser Bericht wurde am 3. April 1848 veröffentlicht. Schon am 21. März, an demselben Tage, an dem die Märzdeputation nach Berlin abgereist war, war eine Proklamation an die Arbeiter erlassen worden, in der zur Ruhe gemahnt wurde. In derselben heißt es: „Das preussische Volk kann nicht länger zusehen. Wir ehren diese Gefühle, denn es sind die unsrigen. Aber es herrschen unter den Bürgern unserer Stadt Besorgnisse, daß die Volksmassen die Unruhen benutzen werden, um sich am Eigentum der Bürger zu vergreifen, um zu zerstören, zu rauben und zu plündern. Männer des Volkes! Wir beschwören euch, gebt keinen Grund zu so schändlichem Verdacht. Die Stunde der Freiheit wird bald auch für uns kommen. Befleckt diese heilige Zeit nicht durch Ausschweifungen, durch Ausbrüche von Roheit. Gewiß, ihr werdet im Kampfe für die Freiheit nicht weniger edel und brav sein wollen, als die anderen Völker. Hört nicht auf die Stimme der Bösen, welche sich unter euch einschleichen, um gegen die Bürger aufzureizen, und Haß und Zerstörung zu verbreiten. Arbeiter! Diese Menschen wollen eure Ehre beflecken und euer Gewissen schänden. Tundet nicht, daß sie es tun. Haltet euch in dieser großen Zeit rein von allem Frevel und jeder Schandtat. Wer jetzt ein gemeines Verbrechen begeht, sündigt dreifach: gegen sich, gegen die Nation und gegen den Stand, welchem er angehört. Arbeiter! Noch über einen zweiten Punkt haben wir mit euch zu reden. Es haben in den letzten Tagen fast alle Gewerke Deputationen an den Magistrat geschickt und von ihm Arbeit, Erhöhung des Lohnes, Vertretung der Arbeit und ähnliche Dinge mehr begehrt. Wir kennen eure Lage, wir wissen, wie gedrückt, wie schrecklich sie in vielen Fällen ist. Wir haben es oft ausgesprochen, daß euch eine gerechtere Stellung gegeben werden muß, und zweifelt nicht daran, wir werden für eure Rechte einstehen wie ehrliche Männer. Aber vergeßt nicht, Brüder!, daß die Stadt nicht imstande ist, eure

Forderungen zu erfüllen; der ganze Staat nur ist es, der hier helfen kann. Wenn wir alle die Freiheit haben werden, wenn das ganze Volk seine Vertreter in die Versammlung schicken wird, von der alle Gesetze ausgehen müssen, dann wird auch für euch eine bessere Zeit beginnen, und die Steuerlast wird nicht mehr in solcher Weise euch drücken. Darum laßt jetzt die ungestümen Forderungen, die für den Augenblick unmöglich erfüllt werden können, und strebet mit uns für die Freiheit, für das Glück des Volkes und des Vaterlandes! Noch einmal: habt weiter Vertrauen zu uns! So lange ihr brav seid, und gewiß, ihr werdet es bis zum letzten Atemzuge bleiben, so lange werdet ihr uns in eurer Mitte sehen, um mit euch zu gehen bis zum letzten Schritt, bis alles errungen oder alles verloren ist. Bleibt brav! Ihr edlen Brüder! Dann werden uns alle guten und edlen Bürger unterstützen und die Einigkeit wird uns stark und kräftig machen, und wir werden die volle Freiheit erringen. Euch wird dann der Ruhm gehören und dieser Ruhm wird ohne Makel sein. Brüder! Es lebe die Freiheit, es lebe das Volk, es lebe das Vaterland!“

Diese Proklamation der Volksdeputation war unterzeichnet von E. d. Graf Reichenbach, A. Semrau, M. Mai und dem Schneider Pelz. Die Arbeiter blieben ruhig, obgleich drei Tage vorher in Berlin die Ereignisse des 18. März stattgefunden hatten. Aber am nächsten Sonntag, den 26. März, fand auf den Antrag der städtischen Behörden die Märzfeier statt, an der sich neben den bewaffneten Bürgern und den Studenten auch die Arbeiter beteiligten. Die Häuser waren festlich geschmückt, Festzüge nach dem Exerzierplatze wurden veranstaltet, wo etwa 50 000 Menschen versammelt waren. Senior Krause hielt die Festrede, in der er die Berliner Helden der Revolution feierte. Er sagte unter anderem: „Männer und Frauen von Breslau, Väter und Mütter! Ohne ihren Sieg würdet ihr vielleicht jetzt gleichen Schmerzen unterliegen! Ehret die Helden, sie haben große Dinge getan! Ehret die Trauernden; was sie leiden, leiden sie für euch! Gott wolle sie segnen und trösten, und die gefallenen Helden krönen mit seiner Gnade, denn sie haben einen guten Kampf gekämpft. Ihr Name in Ehren! Ihre Seele in Frieden!“

Die Neigung, politische Vereine und Assoziationen zu gründen, fand während dieser Zeit ungehinderte Befriedigung. Die größte Rolle unter den Vereinen spielte der Demokratische Klub, der nach der ersten Nachricht von dem in Berlin stattgehabten Kampfe gebildet wurde. Seine Mitglieder waren meist Bürger, die sich das Prinzip gestellt hatten, daß nur in einer demokratisch-sozialen Republik das Glück und Heil der Völker gefunden werden könne. Das Arbeitertum hatte allmählich das Übergewicht gewonnen und damit näherte sich der Verein immer mehr den Grundfäden des Sozialismus. Es war dies der Anlaß zu einer Spaltung, denn ein großer Teil der besitzenden Bürger trat aus und bildete

einen Volksverein. In einer der Versammlungen des Demokratischen Klubs sprach der später sehr bekannt gewordene russische Anarchist Bakunin, der sich längere Zeit unter dem Schutze der Behörden in Breslau aufhielt. Anfang Oktober wurde Bakunin auf Veranlassung des Ministers des Innern Eichmann angewiesen, die preußischen Staaten zu verlassen, „da er keinen russischen Paß besitze“. Er blieb aber doch noch einige Zeit in Breslau. Eine weitere politische Organisation war der Demokratisch-konstitutionelle Verein, später Verein der Volksfreunde oder Volksverein genannt. Nach seinem Programm erstrebte er die demokratisch-konstitutionelle Monarchie. In sozialer Beziehung stand dem Demokratischen Verein am nächsten der Arbeiterverein. Nach den Statuten war derselbe „eine geschlossene Gesellschaft von Handarbeitern aller Art, und was die eigentlichen Gewerke betrifft, ohne Rücksicht auf den äußeren Unterschied von Meistern und Gesellen. „Der Verein erkennt das Recht und die Pflicht zur Arbeit an“. In den Vorstand wurden gewählt: Dr. Utsch, der Hochschullehrer und berühmte Botaniker Nees von Esenbeck, Man, Semrau, Schneider Moll, Tischler Halpapa, Schriftsetzer Lindner, Posamentier Thiel und Schneider Wagner. Außerdem bestanden noch die Landwehrvereine der Rotkreuze und der Weißkreuze, der Konstitutionelle Zentralverein, der Vaterländische Verein und der später zu so großer Bedeutung gelangte Zentral-Handwerkerverein. Da alle vormärzlichen Beschränkungen aufgehoben waren, und ein Gesetz, welches die Vereine und Versammlungen beschränkte, nicht existierte, so stand das Vereinsleben bald in voller Blüte. In den Vereinen kamen die verschiedenen politischen Parteien zum Ausdruck. Auch die Presse blühte wieder auf. Viele Volksversammlungen, einberufen von den verschiedensten Richtungen, wurden abgehalten. Der Exerzierplatz, der Garten im „Schießwerder“, die Säle im „Deutschen“ und „Russischen Kaiser“ usw. waren die gewöhnlichen Tagungsorte.

Wilhelm Wolff hatte seit seiner Abreise von Breslau die Agitation für die Emanzipation des Proletariats — gemeinsam mit Marx und Engels — in Brüssel fortgesetzt. Nun wollte er seine schlesische Saat ernten und kehrte deshalb nach dem Ausbruch der Märzrevolution nach Breslau zurück. Binnen weniger Wochen war er hier der Kopf der revolutionären Bewegung. Am 18. April 1848 schrieb er an Marx und Engels, die in Köln mit den Vorbereitungen der „Neuen Rheinischen Zeitung“ beschäftigt waren: „Wäre ich nicht von allen Seiten wie ein Hund gehegt, das heißt wären wir nicht in Verhältnissen, wo man sich zwanzigfach zerteilen möchte, um an mehreren Orten zugleich zu wirken, so würde ich euch die hiesigen Verhältnisse, die Stellung der Parteien usw. näher schildern. Allein ich muß zum Schluß eilen, um in mehreren Wahlbezirken Vorversammlungen der Arbeiter

behufs der Wahlen der Wahlmänner zustande zu bringen. Daher nur ganz kurz ein paar Worte: Wie in Berlin, so auch hier unterschiedene, ja oft wütende Feindschaft und Erbitterung zwischen Bourgeoisie und Proletariat . . . Jetzt hat die Bourgeoisie einen großen Teil des Sieges für sich konfisziert und andererseits ist hier in Schlesien — wie freilich in anderen Provinzen auch — die Reaktion der Grundaristokratie und der Bureaucratie mit Anhängseln furchtbar tätig. Wegen der Wahlen wird kein Mittel unbenutzt gelassen. Hätte man direkte Wahlen, so könnte man allen diesen Machinationen an einem Tage und in einer Versammlung ein Ende machen. Jetzt aber werden wir eine ganz abscheuliche, teils reaktionäre, teils moderiert konstitutionelle Majorität bei den schlesischen Wahlen herausbekommen.“ So klar war sich Wolff schon Mitte April 1848 über die Lage der Dinge, während die landläufigen Demokraten noch in aller Vertrauensseligkeit schwammen. Aber während diesen Leuten, sobald sie die drohende Gefahr erkannten, der Mut ausging, wurde Wolff vielmehr durch die schlechte Aussicht zu verdoppelter Tätigkeit angespornt. Am 12. Mai konnte er an Marx und Engels berichten, daß er nicht zu schwarz gesehen habe: „Die Mehrzahl der schlesischen Deputierten ist konstitutionell, und unter diesem Titel verbergen sich auch einige aristokratische Reaktionäre. Nächstdem wird eine prächtige Blumenlese ultramontaner Pfaffen nach Berlin ziehen.“ Aber in Breslau war der Sieg erfochten, zwei „Republikaner mit sozialen Anflügen“: Nees von Esenbeck und Julius Stein waren gewählt. Für das Frankfurter Vorparlament war Wolff gewählt worden. Bei Stein haben sich nicht die „sozialen Anflüge“ und nicht einmal der „Republikaner“ als waschecht erwiesen. Am 1. Juni 1848 siedelte Wolff nach Köln über, wo er in die Redaktion der „Neuen Rheinischen Zeitung“ eintrat. Dort fanden sich alsbald die besten Geister zusammen. Hier wirkte er im Kreise seiner Freunde außerordentlich aufopfernd. Mit scharfer Satire und unvergleichlichem Humor geißelte er die Schäden der reaktionären Verwaltung und die Beschränktheiten der Fürsten; auch als Volksredner erlangte er bald einen Ruf. Nach dem kleinen Belagerungszustand durfte er sich in Köln nicht mehr öffentlich sehen lassen, da sowohl er, wie auch die anderen Redakteure von der Polizei verfolgt wurden, jedoch unter einer Verkleidung tat er auf der Redaktion seine Pflicht im Dienste des Volkes weiter.

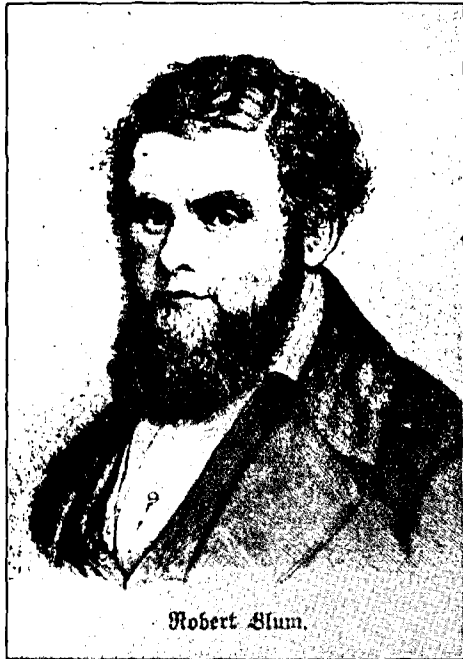
Das Jahr 1848 brachte auch die Bauern — namentlich in Schlesien — zum Aufbruch. In Schlesien, wo das Latifundien-system und die ihm entsprechende Herabdrückung der Bevölkerung zu tagelöhnernden Kotsassen am stärksten entwickelt war, stürmten sie einige Schlösser, verbrannten die schon abgeschlossenen Ablösungsurkunden und zwangen die „gnädigen Herren“ zu schriftlichem Verzicht auf alle ferneren Leistungen. Die Erzeße wurden

mit Militärgewalt unterdrückt und streng geahndet, aber das sah nun auch der hirnloseste Junkerschädel ein: Die Frondienste waren unmöglich geworden, lieber gar keine, als solche von diesen rebellierenden Bauern! Jetzt kam es nur noch darauf an, zu retten, was noch zu retten war. Der grundbesitzende Adel hatte wirklich die Unverschämtheit, für diese unmöglich gewordenen Leistungen Entschädigung zu verlangen. Und kaum sah die Reaktion wieder im Sattel, so erfüllte sie diesen Wunsch und schuf die entsprechenden Gesetze.

Im April 1848 fanden in Breslau Straßenunruhen statt, wobei Geschäftsläden demoliert wurden, so daß das Militär eingriff. Eine besondere Rolle bei diesen Tumulten bildeten die Ragenmusiken; wer sich nur irgendwie mißliebig gemacht hatte, konnte darauf rechnen, seine nächtliche Ragenmusik zu bekommen. Unter einem nicht geringen Teile des Handwerkerstandes brach Not und Arbeitslosigkeit aus. Schon anfangs April hatte der Magistrat, um den dringendsten Forderungen nachzukommen, eine Arbeiterkommission, bestehend aus mehreren Mitgliedern des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung, sowie aus einigen anderen Einwohnern, als Nees von Esenbeck, Schneider Pelz usw., eingesetzt, jedoch vermochte natürlich diese Kommission nicht, so schnell als es nötig war, Arbeit zu schaffen. Sie löste sich auch bald unverrichteter Sache wieder auf.

Inzwischen tagten die Nationalversammlungen. Die in Frankfurt a. M. hatte vier Abgeordnete bestimmt, welche als Deputierte der Linken nach Wien gehen sollten. Diese trafen am Abend des 15. Oktober in Breslau ein, es waren: Robert Blum, Hartmann, Trampusch und Julius Fröbel. Kaum war ihre Ankunft bekannt geworden, so begab sich in einem wohlgeordneten Zuge eine große Anzahl Breslauer nach dem „Blauen Hirsch“, wo die Abgeordneten abgestiegen waren, und brachte ihnen ein Ständchen. Blum erwiderte: Wenn es physisch wahr ist, daß das Herz auf der Linken ist, so soll es auch moralisch wahr sein. Das habe sich gezeigt, als sie bei der Nachricht vom Siege der Wiener, die zum Schutze der Freiheit aufstanden, den Antrag stellten: Die Wiener hätten sich ums Vaterland verdient gemacht. Der Antrag sei in der Versammlung freier vom Volke gewählter Männer gefallen. Da sei er und Hartmann von seiner Partei nach Wien geschickt worden, die Mitteilung zu machen, wie sie für die Freiheit fühle und ihre Kräfte zur Bekämpfung der Tyrannei und des Barbarismus hergeben wolle. Hierauf dankte er für die den Deputierten zuteil gewordene Aufmerksamkeit, nahm herzlichen Abschied mit der Erklärung, entweder mit einer Siegesbotschaft zurückzukehren oder dort mit unter den Kämpfern den Tod für die Sache des Volkes zu suchen. Das letzte ging in Erfüllung; es war der Todesgang Robert Blums.

Der Kampf, den die Berliner Nationalversammlung gegen die absolutistischen Gelüste Friedrich Wilhelms IV. mit größter Standhaftigkeit den ganzen Sommer über geführt hatte, erreichte seinen Gipfelpunkt, als das neue Ministerium Brandenburg die Tagungen der Versammlung nach Brandenburg verlegen wollte und die Sitzungen vom 9. bis zum 27. November vertagte. Trotzdem hielt die Nationalversammlung ruhig weiter in Berlin ihre Sitzungen ab und antwortete schließlich am 15. November mit dem Beschlusse der Steuerverweigerung.



Robert Blum.

Diese Vorgänge brachten auch die revolutionäre Bewegung in Breslau, die fast gänzlich abgelaufen war, auf ihren zweiten Höhepunkt. Die Aufregung war beispiellos und wurde noch gesteigert durch die Nachricht von der Erschießung Robert Blums, die von der „Oder-Zeitung“ durch folgendes Telegramm gemeldet wird:

„Der Mordhund Windischgrätz hat den deutschen Reichstagsdeputierten Robert Blum standrechtlich erschießen lassen!“

Die Bürgerwehr wurde neu mit Munition versehen, wozu der Magistrat 6000 Reichstaler bewilligt hatte. In den politischen Vereinen herrschte eine fieberhafte Tätigkeit. Alles rief zum energischen Widerstande gegen die Vergewaltigungsbestrebungen der Regierung auf. Am 10. November erklärte sich der Zentralauschuß der Bürgerwehr in Permanenz. Am nächsten Tage fand eine Sitzung der Stadtverordneten statt, in der nach stürmischer Debatte unter lebhaftem Beifall der Zuhörer mit großer Majorität beschlossen wurde, an den König eine Erklärung zu richten, „daß Breslau die Schritte der Nationalversammlung für rechtmäßig anerkenne“, und eine Adresse an die Nationalversammlung, in der sie aufgefordert wird, ihre Beratungen fortzusetzen, da „Breslau bis zur Lösung des Konflikts sie als alleinige gesetzgebende Gewalt betrachte“. Die Adressen wurden durch eine Deputation nach Berlin überbracht. Am 13. November erklärten sich Stadtverordnete und Magistrat „in Erwägung der Dringlichkeit der Verhältnisse“ in Permanenz, und die Stadtverordneten erwählten eine Kommission, von der sechs Mitglieder stets beisammen sein mußten, um beschließen zu können. Diese Kommission verwandelte sich schon am nächsten Tage unter Zuziehung von Bürgern in eine Sicherheitskommission. Der Bürgerwehrausschuß erließ eine Proklamation an die Soldaten und beschloß, die Verproviantierung der Stadt für die Dauer von vier Wochen in die Wege zu leiten. Schließlich erfolgte am 14. November auf Antrag des Bürgerwehrausschusses durch die Sicherheitskommission die Beschlagnahme von Gewehren, die nach Wien bestimmt waren, und ihre Ueberführung aufs Rathaus. Am 16. November verlangten verschiedene Bürger die Verteilung der Gewehre unter die noch unbewaffneten wehrhaften Männer.

Da dieser Antrag sich an den nächsten Tagen wiederholte und sogar von gewaltsam in das Rathaus dringenden Landwehrmännern mit roten Kreuzen gestellt wurde, so entschloß sich der Magistrat schließlich, die Gewehre aus der Stadt zu schaffen. Der mit dem Transport nach dem Oberschlesischen Bahnhofs beauftragte Oberst der Bürgerwehr versagte den Gehorsam; der Magistrat wollte deshalb Militär zur Unterstützung herbeirufen. Da ließ der Oberst Generalmarsch schlagen, auf dem Ringe strömte das Volk zusammen, die bereits auf einen Wagen geladenen Kisten wurden heruntergeworfen und ein Teil der Gewehre weggenommen. Der Rest wurde erst ein paar Tage später fortgeschafft. Die Bürgerwehr aber verlangte vom Magistrat für sein Verhalten Genugtuung. Man wollte sogar das Rathaus stürmen, begnügte sich schließlich aber damit, die Eingänge zu besetzen, während die Führer sich in den Sitzungsaal begaben, um Genugtuung zu fordern. Es kam zu heftigen, erfolglosen Debatten, draußen aber wurde die Erregung immer schlimmer, man drohte mit der Absetzung des Magistrats, sogar aufhängen wollten einige die Mit-



glieder desselben. Schließlich trat Ruhe ein, und ungefährdet durften die Mitglieder der städtischen Körperschaften das Rathaus verlassen; das bereits requirierte Militär trat nicht in Aktion.

Vor diesen Ereignissen und mit ihnen zugleich hatte sich noch ein zweiter Vorgang abgespielt, gleichfalls geeignet, die Stadt in ein Fieber der Aufregung zu versetzen. Die Nachricht von dem Streuerverweigerungsbeschlusse der Nationalversammlung hatte wie ein Blitz eingeschlagen und den Zentralausschuß des Bürgerwehrlubs veranlaßt, für Donnerstag, den 16. November, nachmittags 3 Uhr, eine Volksversammlung auf dem Neumarkt einzuberufen. In Sturm und Schnee standen dort dicht gedrängt an die 10 000 Menschen und nahmen die Nachricht von dem Beschlusse der Nationalversammlung mit brausendem Jubel auf. Dann zogen sie in geordneten Zügen vor das Rathaus, um vom Sicherheitsausschuß eine bestimmte Erklärung zu fordern, ob er dem Beschlusse der Nationalversammlung beitreten und ihn zur Ausführung bringen wolle. Als die Deputation der Demonstranten das Rathaus betrat, beriet der Sicherheitsausschuß gerade mit der eben tagenden Stadtverordnetenversammlung, und schließlich wurde von allen Seiten dem Beschlusse zugestimmt, daß die Aufforderung der Nationalversammlung durchgeführt, die Durchführung selbst aber dem Sicherheitsausschuße übertragen werden solle. Später brachte auch eine zum Oberpräsidenten abgeschickte Deputation die Antwort, daß dieser gleichfalls bereit sei, die Entschließungen der Nationalversammlung anzunehmen. Diese Nachrichten erregten einen unbeschreiblichen Jubel unter den standhaft auf dem Ringe ausharrenden Massen.

Inzwischen hatte die Bürgerwehr alle königlichen Kassenlokale besetzt und verhinderte jeden Verkehr oder die Fortschaffung des Geldes. Das Militär war zwar konsigniert, trat aber nicht in Thätigkeit. Am nächsten Tage beschloß die permanente Kommission, alle an den Magistrat abzuführenden Steuern bis auf weiteres aufzubewahren und vom Oberpräsidenten zu verlangen, daß er die Verwendung der übrigen Staatssteuern durch das Ministerium Brandenburg verhüte. Der Oberpräsident gab am nächsten Tage der Deputation einer neuen Demonstrationsversammlung die Erklärung ab, daß er der Aufforderung des Magistrats Folge leisten werde. Am 17. November gelang es den Demonstranten auch, vom Präsidenten des Kriminalsenats die Freigabe der politischen Gefangenen zu erzwingen.

Recht stürmisch ging es noch einmal am 19. November, einem Sonntage, her. Um 2 Uhr nachmittags versammelte sich die Landwehr auf dem Neumarkte und marschierte nach dem Rathause, wo sie Gewehre in Empfang nahm. Um 3 Uhr fand dann eine Volksversammlung statt; diese beschloß, vor das Rathaus zu ziehen und die Abdankung des Magistrats und der Regierung zu verlangen,

darauß aber eine provisorische Regierung einzusetzen. Ein ernster Zusammenstoß war offenbar unvermeidlich. Das Militär stand bereit und schien nur auf den Augenblick des Eingreifens zu warten. Besonders am Ohlauer und am Schweidnitzer Thor waren starke Abteilungen zusammengezogen. Interessant ist, daß der Berichterstatter der „Oder-Zeitung“ bemerken konnte, wie die Soldaten mehrfach mit den Demonstranten fraternisierten. In der That unterblieb der erwartete Angriff. Zwar war durch Generalmarsch die Bürgerwehr zum Schutze der öffentlichen Gebäude alarmiert worden; aber ein ernster Zwischenfall trat nirgends ein, wenn auch mehrere Male versucht wurde, die Kirchtürme, um Sturm läuten zu können, zu stürmen, wobei auch einige Schüsse fielen. Bis Mitternacht wogten die Menschenmengen, Nieder singend, durch die Straßen.

Von diesem Tage ab trat ein ganz plötzlicher Umschwung ein. Nur noch einmal, am nächsten Sonntag, kam es zu einer blutigen Schlägerei zwischen einer zu einer Versammlung auf dem Neumarkte zusammengeströmten Volksmasse und einer Abteilung „gesinnungstreuer“ Landwehrmänner, die, im Gegensatz zu den mit roten Kreuzen geschmückten demokratischen, am Hute weiße Kreuze trugen. Sie glaubten ihre Gesinnungstüchtigkeit am besten dadurch beweisen zu können, daß sie ohne Grund auf die Versammlung eindringen und mit Stöcken und Knüppeln auf die Wehrlosen einhieben.

Allmählich aber gewann die Reaktion wieder Oberwasser. Die Stadtverordnetenversammlung nahm sogar ihren Steuerverweigerungsbeschluß zurück. Dann kam die oktroyierte Verfassung. Nach außen wurde es ruhiger, unter der Oberfläche gärte es aber fort.

Der zweite schlesische Handwerkerstag tagte am 27. und 28. November im Krollschen Wintergarten. Er wollte „dem gänzlichen Verfalle des Handwerks entgegenreten, dessen Wohl durch eigenen Schutz fördern, es zu seiner ehrenhaften Bedeutung in der Gesellschaft und im Staate zurückführen, und das so gefunkene moralische Fundament desselben aufs neue begründen“. An dieser Tagung nahmen Meister und Gesellen teil. Neben vier Meistern wurden in den Vorstand gewählt: Tischlergeselle *Steg*, Gürtlergeselle *Weiß*, Tapeziergeselle *Wunderlich* und Schornsteinfegergeselle *Hüllbrandt*.

Als das Jahr 1848 zum Ende sich neigte, schienen auch die Hoffnungen der Völker auf die Reize zu gehen. Die Reaktion war fast überall in siegreichem Vordringen begriffen; die Ordnungphilister wollten sie nicht sehen oder jubelten ihr zu, und die Demokratie trug schwer an dem Gewicht der Niederlagen, die sie erlitten. Am 5. Dezember wurde die Verfassung oktroyiert und die Nationalversammlung aufgelöst. Die demokratischen Klubs waren

übereingekommen, den 18. März 1849 als den Jahrestag der Revolution zu feiern. Die Festrede auf dem Exerzierplatze hielt Diakonus Schmeidler. Nach derselben brachte der Bürgerwehroberst Dr. Engelmann auf die gefallenen Berliner Barrikadenkämpfer ein dreifaches Hoch aus. Für den Nachmittag hatte die Polizei die Genehmigung zu einem öffentlichen Umzuge erteilt, aber unter der Bedingung, daß jede rote Fahne beim Umzuge vermieden werde. Jedoch erklärte das Komitee durch einen öffentlichen Anschlag, daß der Festzug unterbleiben werde, „weil die volksfeindliche Partei ein Zusammentreffen mit der bewaffneten Macht herbeizuführen beabsichtige“. Diese Anschlagzettel wurden aber von anderen so rasch als möglich abgerissen, auch wurde nach Kräften das Gerücht verbreitet, daß der Umzug dennoch stattfinden werde. So begaben sich einige Kompagnien der Bürgerwehr, darunter viele Bürgerschützen, mit ihren Fahnen auf den Exerzierplatz. Bald sammelten sich zu ihnen die Gewerke der Buchdrucker, Tischler, Schlosser, Schuhmacher, der Arbeiterverein usw.; der Zug bewegte sich durch die Schweidnitzer Straße, um den Ring, wo an der Bildsäule Friedrichs II., „dem freisinnigen Philosophen auf dem Königsthron“, ein Lebehoch gebracht wurde, die Albrechtstraße hinauf nach der Ohlauer Straße und von dort nochmals über den Ring nach dem „Schießwerder“. Mitten unter den 20 Fahnen befand sich eine rote mit der Aufschrift: „Emanzipation der Arbeit!“ Im „Schießwerder“ wurden von Dr. Laster, Schriftsetzer Lindner und Kaufmann Held Reden gehalten. Da dieser Zug von der Polizei nicht erlaubt worden war, so hatte der Polizeipräsident von Kehler die Bürgerwehr requiriert; Dr. Engelmann weigerte sich jedoch, der Requisition nachzukommen, und so wurde abends gegen 7 Uhr das Militär requiriert. Eine Abteilung desselben, beauftragt, in der Freischule An den Mühlen im Bürgerwerder ein Wachtlokal zu suchen, öffnete die Türen gewaltsam, da ihr der Eintritt versagt wurde. Abends fanden Versammlungen und Banketts in den verschiedenen demokratischen Vereinen statt; die Feier im Arbeitervereine, wo die rote Fahne aufgestellt und der „sozialdemokratischen Republik“ ein Hoch gebracht wurde, gab später zu einer Unternehmung Anlaß.

Da der Oberst der Bürgerwehr der Requisition des königlichen Polizeipräsidentiums, den öffentlichen Umzug zu verhindern, keine Folge gegeben hatte, wurde die Dienstenthebung der Bürgerwehr der Stadt Breslau ausgesprochen. Durch Verfügung des Handelsministers wurden einige Handwerksmeister und einige Gesellen als Vertreter des schlesischen Handwerkerstandes nach Berlin berufen, um an den die provisorische Gewerbeordnung betreffenden Verhandlungen teilzunehmen. Aus Breslau wurden der Schneidermeister Löschburg und der Gürtlergeselle Weich berufen.

Je deutlicher das Bestreben der Regierungen hervortrat, das Frankfurter Verfassungswerk an der Klippe ihrer Machtstellung scheitern zu lassen, desto lebendiger wurde wieder die politische Teilnahme des Volkes. Das unaufhörliche und eintönige Redegesäusel der Parlamente hatte Deutschland in einen Halbchlummer eingelullt. Erst als man nach all den Kämpfen und Opfern die Märzerrungenschaften bedroht sah, wallte in weiten Kreisen eine Erregung auf, die bei der Ausichtslosigkeit aller Verständigungsversuche zu gewaltsamen Ausbrüchen führen mußte. Am 29. April, zwei Tage, nachdem durch Kabinettsorder die zweite preußische Kammer aufgelöst wurde, tagte im „Schießwerder“ eine Volksversammlung, die von etwa 8000 Personen besucht war. Die Versammlung erklärte „öffentlich und feierlich“, daß für sie „die deutsche Reichsverfassung, wie sie von der freigewählten Reichsversammlung zu Frankfurt a. M. beraten, beschlossen und vollzogen wurde, in ihrem ganzen Umfange als rechtsgültiges, unantastbares Gesetz bestehe“. Währenddem wurde die Aufregung immer größer, besonders als die Nachricht eintraf, daß in Dresden eine neue Revolution ausgebrochen, der König entflohen sei und das Volk eine provisorische Regierung eingesetzt habe. In der Sitzung des Demokratischen Vereins wurde auf eine Mitteilung *Breimers*, daß sich Emisäre des Ministeriums in Breslau aufhielten, welche den Arbeiterstand von der Teilnahme an der politischen Bewegung abzuziehen versuchten, eine Erklärung erlassen, die folgenden Wortlaut hatte:

„Brüder! Es treiben sich hier mehrere jener nichtswürdigen Agenten herum, die, wohl wissend, welches Gewicht der Arbeiterstand in die Waagschale der Revolution zu legen imstande ist, euch unter Versprechung reicher materieller Vorteile von der Agitation für den letzten kümmerlichen Rest der sogenannten Märzerrungenschaften, die Reichsverfassung und die deutschen Grundrechte, fernzuhalten bemüht sind. Arbeiter! Daß die Minister weder imstande noch gewillt sind, euch eine Verbesserung eurer Lage zu gewähren, habt ihr an den Gewerbegesetzen gesehen. Das oktronierungslustige preußische Ministerium hat im Gegenteil die auch bereits offen ausgesprochene Absicht, uns auf seinen Bajonetten ein Wahlgesetz mit Zensus darzureichen, welches euch, die Anzensterten, für immer ab und zur Ruhe weisen soll. Wenn ihr bedenkt, daß die endliche Verwirklichung der Einheit Deutschlands nicht bloß eine Frage der reinen Politik, sondern zugleich wesentlich das Wohl der arbeitenden Klassen bedingt und in sich schließt, so wird eure Wahl nicht schwanken. Die von der Deutschen Nationalversammlung beschlossenen Gesetze, obgleich sie dem Maße der Freiheit, welches wir anstreben, nicht entsprechen, bilden doch die Grundlage, auf der wir weiter fortbauen werden. Darum entscheiden wir uns für sie und laßt uns unserer Entscheidung Nachdruck zu geben wissen. Gruß und Bruderschaft!“

Am folgenden Tage (5. Mai) kam es abends 9 Uhr zu einem Tumulte auf der Ohlauer Straße. Hier wurde nämlich der Vorsitzende des Landwehrvereins (Weißkreuze), Paul v. N i m p t s c h, schwer mißhandelt. Das Militär griff ein und sperrte mehrere Straßen ab; nach zweimaligem Trommelschlage ergriff die Menge die Flucht.

Im „Schießwerder“ sollte am Sonntag, den 6. Mai 1849, nachmittags 4 Uhr, eine Volksversammlung abgehalten werden. Da diese jedoch vom Polizeipräsidium verboten war, so wurde durch Plakate ohne Unterschrift angezeigt, daß die Versammlung im Saale zum „Deutschen Kaiser“ stattfinden sollte. Da diejenigen, welche die Versammlung zusammenberufen hatten, nicht erschienen, so wurden die unterdes eintreffenden früheren Abgeordneten E l s n e r und S t e i n von der Masse zum Reden gedrängt. Nachdem der Student S c h l e h a n die Versammlung eröffnet hatte, teilte Stein mit, was am Vormittag in der Versammlung der Wahlmänner beschlossen worden war; man müsse nun abwarten, was der Magistrat in dieser Angelegenheit tun werde. Elsner sprach in demselben Sinne und ermahnte die Versammlung, in keiner Weise sich zu voreiligen Schritten verleiten zu lassen. Nach dem Schlusse der Versammlung zog das Publikum in großen Trupps nach der Stadt, und plötzlich erblickte man eine rote Fahne, deren Träger und Begleiter die lebhaftesten Straßen der Stadt durchzogen. Eine andere Schar begab sich nach dem Hause des Bürgermeisters B a r t s c h, um denselben zu einer sofortigen Magistratsitzung zu zwingen. Da sie, ohne ihren Zweck zu erreichen, noch längere Zeit vor dem Hause lärmten, so rückten die Kürassiere heran und trieben sie auseinander. Mit Einbruch der Dämmerung wogte die Menge in fortdauernder Aufregung auf den Hauptplätzen und Hauptstraßen, so daß das Militär mehrmals einschritt, ohne jedoch von der Waffe Gebrauch zu machen. In der neunten Stunde fing man an Barrikaden zu bauen, und zwar auf der Ohlauer Straße, auf der Schmiedebrücke und am Hintermarkt, die jedoch auch verlassen wurden, sobald das Militär heranrückte. An einigen Stellen wurde auf die Soldaten geschossen und auf der Schmiedebrücke von dem Dache eines Hauses dergestalt mit Ziegeln auf sie geworfen, daß sie ihrerseits von der Schußwaffe Gebrauch machten. Ein Versuch, die Türe der Magdalenenkirche zu erbrechen und Sturm zu läuten, wurde vereitelt.

Am 7. Mai stand schon um 7 Uhr morgens das Militär auf und um den Exerzierplatz vollständig gerüstet; das Zeughaus war doppelt besetzt, ebenso das Regierungs-, das Post- und andere öffentliche Gebäude, sowie alle Brücken. Von 5 Uhr nachmittags an durchzogen Militärpiketts die Straßen. Schon früher aber bildeten sich auf den Hauptstraßen zahlreiche Ansammlungen. Man verbreitete das Gerücht, die suspendierte Bürgerwehr sei von ihren Führern bestellt, sich um 5 Uhr auf ihren Sammelplätzen

einzufinden. Einzelne Bürgerwehrmänner fingen an, bewaffnet sich auf den Straßen zu zeigen, doch wurden mehreren derselben die Gewehre sofort abgenommen. In der fünften Stunde begann man Barrikaden zu bauen; vorüberfahrende Wagen wurden angehalten und dazu benützt, aus den Häusern Material herausgeholt, Rinnsteinbohlen, Steine, Ziegeln u. a. m. herbeigeschleppt. Die erste Nachricht von dem sich vorbereitenden Kampfe wurde, wie ein amtlicher Bericht mitteilt, dem Militär gegen 4 Uhr durch eine junge Frau überbracht, welche den Offizieren auf der Hauptwache eröffnete, daß in die „Zwei Regal“ mehrere Menschen hineingingen, welche Waffen, insbesondere Gewehre, bei sich hätten. Bald darauf erstattete ein junger Mann daselbst Bericht, daß man anfangs Barrikaden zu bauen. Zuerst geschah dies an der Schmiedebrücke und Kupferschmiedestraßen-Ecke. Sie wurde durch die 7. Kompagnie des 23. Infanterieregiments genommen; die Truppen erhielten vielfache Steinwürfe, besonders von den Dächern und erwiderten dieselben durch Schüsse. Eine zweite Barrikade stand auf der Ohlauer Straße in der Nähe des „Blauen Hirsches“. Gegen sie rückten zwei Kompagnien unter Befehl des Major von Toll vor; es fielen hier Schüsse und ein Hagel von Steinen und Ziegelstücken aus den Häusern auf die Soldaten. Das Militär gab mehrere Salven nach den Fenstern, nahm den „Blauen Hirsch“ mit Sturm und verhaftete dort 16 Personen. Dasselbe Detachement rückte dann die Ohlauer Straße entlang nach dem Ringe vor, wo eine Barrikade an der Ring- und Schweidnitzer Straßen-Ecke die Passage sperrte. Sie wurde durch die Truppen, welche mit dem nötigen Schanzzeug versehen waren, bald zerstört, ebenso die Barrikaden auf dem Kränzelmärkte und der Albrechtstraße.

Am hartnäckigsten wurde eine Barrikade auf der Nikolaistraße verteidigt, aus dem „Hohen Hause“ schoß man heftig auf das Militär und verwundete mehrere Soldaten. Die 8. Kompagnie des 22. Infanterieregiments hatte hier den Angriff. Die Türe des „Hohen Hauses“, von fortwährendem Gewehrfeuer bestrichen, mußte mit Gewalt gesprengt werden. Das Eindringen in das Haus selbst bot um so größere Gefahr, als das Innere desselben ganz finster war und fortwährend auf die Eindringenden Schüsse fielen. Raub war das „Hohe Haus“ am späten Abend genommen, als man die Nachricht erhielt, daß eine bereits erstürmte Barrikade an der Reuschen- und Büttnerstraßen-Ecke wieder hergestellt sei und verteidigt werde. Sie wurde gleichfalls genommen. Auch aus dem „Sieh dich für“ wurde heftig auf die dort stationierten Jäger geschossen, bis man das Füsilierbataillon des 11. Regiments dahin beorderte. Auf die Fenster, aus welchen Schüsse auf das Militär gefallen waren, richtete sich das Feuer. Sowohl im „Siehdichfür“ als in den nächsten Häusern wurden mehrere Verhaftungen vorgenommen. Gegen 8 Uhr besetzte eine Sektion die Bernhardin-

kirche zur Verhinderung von Sturmklängen. Um 9 Uhr wurde auf die Meldung des Baues einer Barrikade an der Ohlauer Straße und einer großen Ansammlung von Menschen auf dem Keizerberge ein Zug der 7. Kompagnie des 22. Infanterieregiments und ein Jägerzug vorgesandt. Die Barrikade war zwar unbesezt, doch erfolgte aus den Häusern der Ohlauer und Weidenstraße ein heftiges Feuer auf die Truppen. Diese zogen sich die Weidenstraße über die Taschenbrücke und äußere Promenade in die frühere Aufstellung zurück, da die Barrikade durch vom Ringe vorgehende Truppen in der Front angegriffen worden war. Bei dem heftigen Feuern an der Ohlauer Brücke wurden noch zwei Züge Militär zur Unterstützung des Angriffs nachgesandt; in der Nähe der alten Taschenstraße empfing die Abteilung ein starkes Feuer aus den Eckhäusern. Mehrere hier zusammenstoßende Abteilungen Infanterie griffen in das Gefecht ein, so daß sich ein Zug der 7. Kompagnie über die grüne Baumbrücke gegen den Keizerberg wandte und einige hier errichtete Barrikaden wegräumen konnte, was um so leichter gelang, da eine Abteilung der 5. Kompagnie von der Abrecht- und Poststraße her diesen Angriff unterstützte. Diese letzten Kämpfe fanden zwischen 9 bis 12 Uhr nachts auf der Ohlauer Straße und den benachbarten Gassen und zwar auf dem Teile zwischen der Ohle und dem Stadtgraben statt. Einzelne Schüsse aus den Häusern auf die Patrouillen fielen gegen 1 Uhr.

Bei diesen Straßenkämpfen fielen vom Militär 7 Personen, verwundet wurden: 1 Offizier, 3 Unteroffiziere und 14 Gemeine. Von den Zivilisten fielen 12 Personen, während 47 verwundet wurden. Für die sofort eingeleitete Voruntersuchung wurden 120 Personen verhaftet, von denen 88 in Anklagezustand versezt wurden.

## Die Zeit der Reaktion.

Die Maiaufstände in Dresden, Elberfeld, Breslau usw., die Kämpfe in der Pfalz und in Baden waren die letzten Zuckungen der Revolution. Es galt die deutsche Reichsverfassung, wie sie vom Frankfurter Parlament beschlossen worden war. Mögen die einen wirklich für die Verfassung begeistert gewesen sein, die anderen sie nur als Uebergang zu einer deutschen Republik benützt haben: der Zweck war derselbe, nämlich eine neue Revolution, durch welche die März-Revolution ergänzt und zu Ende geführt werden sollte. Mit der Unterdrückung dieser Revolution beginnt die Reaktion, für Deutschland durch die Sprengung des nach Stuttgart übergesiedelten Parlaments, für Preußen durch die Dekretierung des Dreiklassenwahlgesetzes und durch die gründliche Revision der Verfassung vom 5. Dezember 1848, für Breslau speziell nach Verkündigung des Belagerungszustandes, der am 7. Mai 1849 verhängt wurde.